

**Zeitschrift:** Das Konzept : die Monatszeitung  
**Herausgeber:** Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS  
**Band:** 5 (1976)  
**Heft:** 1

**Heft**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 38 500

Redaktion: Konrad Fiesler, Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Neff, Beat Schweingruber  
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattquai 94, 8023 Zürich, Tel. (0) 47 34 00  
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (0) 47 75 30  
Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 30.-) Schüler und Lehrlinge Ermässigung

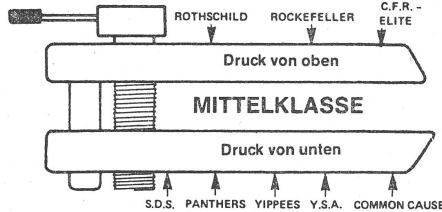
<b>Verwaltungsräte im Bundeshaus</b> Mehr Kapital als Sachverstand	Seite 2
<b>Hundedressur</b> Scharfmacher in Aktion	Seite 3
<b>Schweizer Film</b> Die Filmpreieroperative als neue Form von Produktion und Verleih	Seite 3
<b>Berufsverbot</b> Keine Lehrstellen für Dienstverweigerer?	Seite 4
<b>Neu: das Arbeits-Los-Spiel</b> Ein alternatives Gesellschaftsspiel	Seite 5
<b>Neubeginn in Spanien</b> Möglichkeiten einer demokratischen Öffnung	Seite 7
<b>Sagen Sie «Ja zum Leben?»</b> Weiterlesen auf	Seite 7

Emil Rahm, Herr über Rimuss und Memopress

## Der Winkelried von Hallau

Aus Hallau kommt nicht nur der Hallauer Wein, sondern das 2000-Seelen-Dorf ist auch die Hochburg des publizistischen Tausendassas Emil Rahm. Mit einer Unzahl von Leserbriefen in der gesamten bürgerlichen

Deutschschweizer Presse, einem Artikeldienst, redaktionellen Beiträgen in den «Schaffhauser Nachrichten» sowie mit der vierteljährlichen «Memopress» verbreitet Rahm ideologische Mittelstandskost.



Mit diesem (Trauben-)Presmodell illustriert der Weinhändler Rahm die «Bedrohung des schweizerischen Mittelstandes» ...

«Zu jedem Fest, jeder Party gehört heute mehr denn je auch etwas Feines ohne Alkohol.» So wirbt die Rimuss-Kellerei Rahm, Hallau, für ihre Produkte. «Rimuss-Asti» und «Rimuss-Party» erfreuen sich grosser Beliebtheit und sind dem Schweizer Inbegriff für gepflegte Festlichkeit. Kaum bekannt hingegen ist, dass das gute Geschäft mit dem Kinderchampion d'Etat und dem Verkaufschef des Familienunternehmens eine ausgebauten Agitationstätigkeit von rechts aus ermöglicht.

Die alte Weinbauern- und -händlerfamilie Rahm entdeckte 1954 die Marktlücke. Sie kreierte zur aufkommenden Fresswelle das passende Wohlstandsgetränk, importierte nämlich billigen Traubensaft, imprägnierte diesen mit sportbilligen sechs Gramm Kohlenensäure und verkaufte das Ganze zum hohen Gewinn als «Edeltraubensaft», der «festlich moussiert». Seither rührt sich die Rimuss-Kellerei steigender Umsätze, der Modernisierung und Expansion. Als neue, zusätzliche Einnahmequelle verteilt sie hierzulande die Modegetränke Lambrusco und Südtiroler aus dem Weinschwemmeland Italien mit grosszügiger Gewinnmarke.

Die sicheren Profite aus dem gutgehenden Unternehmen erlauben dem 42jährigen Emil Rahm, seine Zeit «bei interessanter Lektüre» zu verbringen, «die ihn zu engagiertem Freizeitsjournalismus im gesellschaftspolitischen Bereich anspornt», wie er seine publizistische Tätigkeit verhandelnd in einer Jubiläumsschrift seiner eigenen Firma bezeichnen lässt.

### Die missbrauchten Leserbriefe

Nicht nur dem Wein- und Traubensaftkennner, sondern auch dem aufmerksamen Zeitungsleser ist «Emil Rahm, Unternehmer, Hallau» ein Begriff. Überall in den Leserbriefspalten bürgerlicher Zeitungen tauchen seine gleichlautenden Beiträge auf. In einem regelrechten Pressedienst verspricht Rahm seine «Leserbriefe» - und diese werden vor allem von den kleinen Landzeitungen, aber auch von den grossen Blättern («Tages-Anzeiger», «Nationalzeitung») abgedruckt. Und das, obwohl sie die «Leserbriefe» als vervielfaltigte Blätter erhalten. Teilweise werden die Artikel sogar als redaktionelle Beiträge abgedruckt.

Doch nicht nur selbstunterzeichnete «Leserbriefe» vertreibt Emil Rahm, sondern er heuert auch Zufallsbekanntschäften an: «Ich habe Herrn Rahm bei einem seiner Vorträge kennengelernt. Ich richte dann einen Leserbrief unterzeichnet, den aber Rahm selbst geschrieben hat», erklärt einer seiner «Mitarbeiter». Offenbar hat der emsige Rahm bereits selbst gemerkt, dass seine ausserordentlich rege Tätigkeit auffallen muss, und arbeitet deshalb als Ghostwriter. Daneben sammelt Rahm aus den verschie-

den Blättern Leserzuschriften und verteilt diese weiter - teilweise ohne Erlaubnis und Wissen ihrer Autoren. «Ich habe mit Emil Rahm und seiner «Memopress» überhaupt nichts zu tun» betont ein solcher Leserbriefschreiber. «Wir werden Artikel, die Sie uns für die Presse zustellen, gerne durch unseren Pressedienst weiterleiten.» Auch mit solchen und ähnlichen Briefen versichert Rahm, zu Texten und sie unterzeichnen den Strömungen zu kommen. Leserbriefe sollten ja nach dem gängigen Verständnis jedermann die Möglichkeit geben, sich spontan zur «grossen Politik» zu äussern, in den «demokratischen Meinungsbildungsprozess» einzugehen, Missstände anzukreiden und politische Prozesse in Gang zu bringen. Indem Rahm gezielt «Publikumsstimmen» einsammelt, fremde «Leserbriefe» unautorisiert nochmals verspricht und eigene Texte von andern Leuten unterschreiben lässt, versucht er, die Leserbriefspalten unzufunktionieren und sie ihrer ursprünglichen Aufgabe zu berauben.

Regelmässig schreibt Rahm selbst für den «Wochenexpress» (Chefredaktor: FDP-Nationalrat Erwin Waldvogel), der jeden Freitag den «Schaffhauser Nachrichten» und einigen Ostschweizer Kleinstzeitungen beifliegt.

### Mit 40 000 (Gratis-)Exemplaren

Die Leserbriefe Rahms und seiner Mitstreiter bilden die Grundlage für die vierteljährlich erscheinende «Memopress». Mit der unwahrscheinlich hohen Auflage von 40 000 Exemplaren verspricht Rahm das Offsetblatt, meist 4 A4-Seiten stark, an einige Abonnenten (Zweijahresabonnement 2.80 Fr.). Der Hauptteil der Auflage geht laut Impressum «als Gratiszustellung an Behörden, höhere Lehranstalten, Verbände von Lehrern, Ärzten, Offizieren, Theologen, Studenten, Parteien sowie an die in- und ausländische Presse» (mit dem Vermerk «Abdruck frei»). Alle diese Leute erhalten die «Memopress», ohne sie je bestellt zu haben und auch ohne zu bezahlen. Rahms «engagierter Freizeitsjournalismus» ist ein recht teures «Hobby», wenn man an die Redaktions-, Druck-, Versand- und Administrationskosten (für das Instandhalten einer Kartei von 40 000 Adressen) denkt.

### Wie gehab: Die Weltverschönerung

Die gleiche Adresskartei benützt Emil Rahm aber auch, um neben der «Memopress» mit Broschüren «Volksaufklärung» zu betreiben: Wussten Sie etwa, dass «Prinz Bernhard der Niederlande mit den Rothschilds und den Kommunisten eines elitären Welt-Superstaates arbeitet? Bernhard hält jährlich geheime Treffen mit hohen US-Offizieren, -Ban-

kiern und -Industriellen ab, um Pläne für die Verschmelzung der USA mit der Sowjetunion zu einer Weltregierung auszuarbeiten.» Weiter «enthüllt» die «Memopress» «den Plan von Milliardären, eine Diktatur der Superreichen zu etablieren, verkleidet als Demokratie der

### Stillschweigendes Einverständnis

Emil Rahm ist SVP-Mitglied und erwähnt diese Parteizugehörigkeit auf allen Komiteestellen und Unterschriftenbögen, die er unterschreibt. Seine doch wohl auch für die Bundesratspartei SVP unannehmbare Haltung trägt ihm aber keine Schwierigkeiten in der Partei ein. Rebbau-Kollege und schaffhauser SVP-Ständerat Graf meint gelassen: «Wir sind da ziemlich frei in der Partei.» Aber auch er meint, die «Memopress-Spekulationen gingen «doch ein bisschen zu weit» und seien «ein Dorn» im Bild Emil Rahms. Auch auf dem schweizerischen Sekretariat der SVP in Bern distanziert man sich zwar offiziell von Rahms Haltung und betont, dass er keinerlei politische Chargen innehat. Doch indem die SVP Rahm mit seiner Parteizugehörigkeit hausieren lässt, gibt sie zumindest ein stillschweigendes Einverständnis.

Arbeiters». Rahm verblüht dem hier zitierten Büchlein «Die Insider» des Amerikaners Gary Allen wie auch ähnlichen gelagerten Schauermärchen zu Publizität: «Die antichristliche Revolution der Freimaurerei», «Küssinger, Person, Politik, Hintermänner», «Die Söhne der Finsternis - Die geplagte Weltregierung».

### Angstmacherei

Die sachlich völlig unhaltbaren Spekulationen dienen dazu, dem Leser das Furchen beizubringen. Die so heraufbeschworene Angst nützt Rahm aus, um mit seinen tagespolitischen Forderungen und politischen Rezepten anzukommen. Den Angstmechanismus zieht er immer wieder durch. So auch die Angst vor der Abstimmung über das EWG-Freihandelsabkommen. Unter dem recht umhelschwangeren Titel «Bedenken das Ende!» greift er dieses Thema auf und fährt sodann emotional weiter: Das EWG-Abkommen sei eine «Gefahr für die Gesundheit», führe «zu einer gefährlichen, rücksichtslosen Monopolgesellschaft»; wir würden von den «internationalen Konzernen auch politisch immer abhängiger» und wir müssten «unser Selbstbestimmungsrecht in wichtigen Fragen an Brüssel abtreten». Den Zentralpräsidenten der Nationalen

Von der Schwierigkeit, Fussgänger zu sein

## Das Gesetz der Stärkeren auf der Strasse

Fussgänger haben es schwer und immer schwerer. Jahr für Jahr müssen sie hinnehmen, dass ihr Verkehrsraum noch mehr eingeengt, ihr Vorankommen noch mehr behindert wird. Daran ändern auch die paar Fussgängerzonen nichts, die in wichtigen Geschäftsstrassen von wiederer Städte die Umsätze heben helfen.

Der Tag ist noch immer fern, an dem den Fussgängern mehr gegeben als genommen wird: Denn dauernd werden Trottoire zugunsten von Fahrbahnen und Parkplätzen verschmälert, werden unbenutzte und unangelegene Unterführungen errichtet. Trottoirparkierer, welche oft genug Fussgänger zu gefährlichen Ausweichmanövern zwingen, riskieren kaum etwas, während Parkzeitübermachers, solche also, die einem andern Automobilisten den gesuchten Parkplatz vorenthalten, systematisch geahndet werden. Wird irgendwo gebaut oder geglaubt, so ist wiederum der Fussgänger der erste, dem ein Umweg zugemutet wird. Und nicht zuletzt fallen die allerorts wuchernden Lichtsignalanlagen ins Gewicht, die das gesetzliche Vorrtsrecht des Fussgängers wieder aufheben.

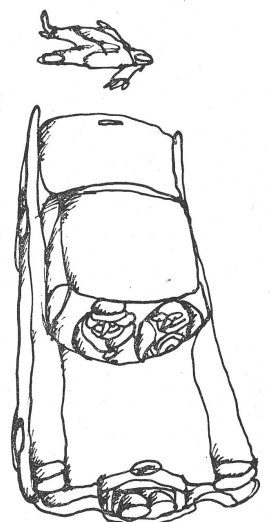
Wie sieht es aber mit diesem Vorrtsrecht am Zebrastreifen tatsächlich? Wird es von den Automobilisten respektiert, oder ist es ein Freipass für die Unfallstation?

Die Zürcher Stadtpolizei hat während vier Tagen das Verhalten der Autolenker vor Fussgängerstreifen getestet. An einer dicht befahrenen Einfallstrasse im City-Randbereich hat ein Testfussgänger fünf verschiedene Verhaltensweisen an etwa 350 Fahrzeugen erprobt. Das Ergebnis ist ernüchternd.

Im ersten Versuch blieb der Fussgänger am Strassenrand stehen und wandte den Blick den herannahenden Automobilisten zu. Damit stand er sich die Beine in den Bauch, denn kein einziges Fahrzeug hielt an. Danach folgte ein Versuch mit ausgestreckter Hand, aber Blickrichtung geradeaus. Erfolgsquote wiederum gleich Null. Beim dritten Versuch blickte die Testperson den Daherbrausenden entgegen und setzte einen Fuss auf die Fahrbahn - eine an sich eindeutige Situation. Zwar fuhr niemand dem armen Kerl über die Zehen, aber das war auch gerade alles.

Erst beim vierten Verhaltenstest - der Fussgänger hatte am Trottoirrand ein Handzeichen gegeben und mit dem Automobilisten Blickkontakt gesucht - hielt ein Lenker an. Ganze 21% gewährten den Vortritt, das einzige Fahrzeug hielt an. Danach folgte ein Versuch mit ausgestreckter Hand, aber Blickrichtung geradeaus. Erfolgsquote wiederum gleich Null. Beim dritten Versuch blickte die Testperson den Daherbrausenden entgegen und setzte einen Fuss auf die Fahrbahn - eine an sich eindeutige Situation. Zwar fuhr niemand dem armen Kerl über die Zehen, aber das war auch gerade alles.

Dergestalt wird der Fussgänger nicht nur zum Bettler um Gunst und Gnade



HANS SIGA

der Automobilisten degradiert, sondern gleich noch zum Pingpongball zwischen Kühlerhauben. Die Gefahren solchen Daseins sind nicht zu unterschätzen, stellen doch die Fussgänger innerorts ziemlich genau 50% der Verkehrstoten. 363 Fussgänger sind im letzten Jahr von der Fahrbahn nicht mehr aufgestanden. Das ist mehr als einer pro Tag. Dazu kommt die Legion der Verletzten, zum Teil mit Dauerschäden. - Wird vielleicht darum nicht mehr zum Schutz der Fussgänger getan, weil 54% der verunfallten Fussgänger ohnehin über 60 Jahre alt sind?

Vor einem halben Jahr hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement abgelehnt, der Stadt Zürich einen zweijährigen Versuch mit Höchstgeschwindigkeit 50 km/h innerorts zu bewilligen. Dies obschon statistisch erwiesen ist, dass die Senkung der Höchstgeschwindigkeit auch die Zahl der Toten und Verletzten herabsetzt.

Der Schriftsteller Adolf Muschg hat sich jüngst im Ständeratswahlkampf zu einer Reduktion der Tempolimits bekannt, aber gleichzeitig betont, dass im Grunde jede Geschwindigkeit zu hoch sei, wenn auch nur ein einziger Toter in Kauf genommen werde. Auf den Strassen der Schweiz werden pro Jahr insgesamt 1360 Tote und 31 720 Verletzte in Kauf genommen (Zahlen 1974).

Beat Schweingruber

angeblichen Unterwanderungstaktik einiger linker Theologen polemisiert er ohne Überleitung gegen die Mitbestimmungssintaxis: «Haben auf diesem grünen Boden nicht auch die christlich-marxistischen Mitbestimmungsideologien leichtes Spiel, ihre theologischen Stützpfiler für eine Initiative zu verkaufen, die auf eine Bevormundung, ja Enteignung herauslaufen würde?» Jene Theologen, die aus humanistisch-christlicher Überzeugung für die Mitbestimmung eintreten, stempelt er als «irreführende Utopisten» und als für die Kommunisten «nützliche Idioten» ab.

Mit Eifer engagierte sich Rahm, der selbst die «Christonona»-Sekte unterstützt, im Abstimmungskampf um die Aufhebung des Jesuiten-Ausnahmeartikels. Mit Episöchen und Halbwahrheiten, etwa, die Jesuiten seien vor 350 Jahren (!) Drahtzieher im Dreissigjährigen Krieg gewesen, macht er Stimmung gegen eine «machtstrebige, verschwundene kleine, intolerante Minderheit» und konstruiert lächerliche «Zusammenhänge»: «Linksextratismus finden wir besonders in jenen westlichen Ländern, welche unter dem überwiegender Einfluss der schwarzen Internationale (Jesuiten) stehen.»

### Emil und die Detektive

Rahm arbeitet mit anderen Gruppen der militanten Rechten in der Schweiz zusammen. So vertreibt er mit der

Fortsetzung auf Seite 2

Ausschneiden und in der 1. RS-Woche einsenden an: das Konzept, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

### RS-Abonnement

Wer vom Februar bis Mai unter Gnägis wackern Mannen weilt, braucht nicht auf geistige Aufrüstung zu verzichten und kann sich «das Konzept» ins Militär senden lassen. Ein RS-Abonnement für die vier Nummern kostet 6 Fr., die Umleitung für bisherige Abonnenten 2.40 Fr. Zur Vereinfachung der Administration nur gegen Vorauszahlung!

- (Zutreffendes ankreuzen)
- Ich möchte ein RS-Abonnement. Den Betrag von 6 Fr. □ lege ich in Briefmarken bei oder □ habe ihn einbezahlt auf PC 80-37626, das Konzept, Zürich.
- Ich bin bereits Abonnent und möchte die Zeitung in die RS umgeleitet haben. Ich lege 2.40 Fr. in Briefmarken bei.
- Meine Militäradresse und evtl. bisherige Abonnentenadresse (Blockschrift!):

Voranzeige:  
Chansons im Multipack  
«das Konzept» und die Studentenschaften der ETH und der Uni Bern und Zürich präsentieren vier der wichtigsten Schweizer Chansonniers:  
Ernst Born  
Urs Hostettler  
Jürg Jegge  
Martin Hausenberger  
Am 19. Februar an der Uni Zürich  
am 20. Februar an der Uni Bern  
Datum unbedingt vormerken!

Verwaltungsräte in der Bundesversammlung

1010 auf 244 Sesseln

Linksrutsch in National- und Ständerat: dies war die Bilanz der meisten Kommentare zu den eidgenössischen Parlamentswahlen im Oktober 1975. Die Mandatsgewinne der eidgenössischen Linken, vor allem der Sozialdemokraten, scheinen das politische Kräfteverhältnis in Bern zugunsten der Arbeitnehmer verändert zu haben. Gewonnen haben aber auch die Vertreter der Privatwirtschaft: «Während in früheren Jahren schätzungsweise jeder dritte bürgerliche Volksvertreter mit der privaten Wirtschaft verbunden war, sitzen heute über 60% aller FDP-CVP-SVP-Parlamentarier in einem oder mehreren Aufsichtsräten schweizerischer oder ausländischer Unternehmen.» Zu diesem Schluss kommt Max Schmid, der die Verflechtung eidgenössischer Parlamentarier mit der Privatwirtschaft untersucht hat. Über tausend Verwaltungsräte finden auf den insgesamt 244 Sesseln der Vereinigten Bundesversammlung Platz. Zählt man die öffentlichen VR-Mandate ab, so teilen sich noch immer gegen 750 privatwirtschaftliche VR-Mandate die Sitze von 115 Parlamentariern.

«Insgesamt 177 der 244 National- und Ständeräte aller Parteien sind Unternehmer oder Mitglied eines Verwaltungsrates. Unter diesen 177 Vertretern der Wirtschaft befinden sich allerdings etwa 60 Parlamentarier, die nur von Amtes wegen Mitglied eines Verwaltungsrates sind. Vor allem bei den

Zitate und Material aus dem Buch von Max Schmid, Demokratie von Fall zu Fall, Verlagsgenossenschaft, Zürich, erscheint im Februar.

Sozialdemokraten bringt es der hohe Anteil an Regierungs- und Ständeräten im eidgenössischen Parlament mit sich, dass viele von ihnen als Staatsvertreter ein Verwaltungsratsmandat annehmen müssen, sei es auf dem Gebiet des Verkehrswesens (Bahnen), der Energieversorgung (Kraftwerke) oder in anderen gemischten öffentlich-privaten Unternehmen. Unter diesem Gesichtspunkt sind die zahlreichen öffentlichen Mandate des SP-Stadpräsidenten von Le Locle, René Felber, zweifellos anders zu werten als jene eines Vertreters der Privatwirtschaft, wie beispielsweise die 25 Verwaltungsratsitze des Zürcher CVP-Nationalrats Eisenring, der durch die von ihm vertretenen Gesellschaften ein Privatkapital von rund 750 Millionen Franken repräsentiert.

Auch die verschiedenen Verwaltungsmandate von Gewerkschaftern (Canonica usw.) und von Konsumentenvertretern (Heimann, Suter von der Migros-Genossenschaft usw.) sind kaum oder nur geringfügig mit persönlichen wirtschaftlichen Verflechtungen verbunden und dürfen ebenfalls nicht zu einer Fehleinschätzung der betreffenden Parlamentarier führen. Selbst wenn man diese Einschränkungen berücksichtigt,

Verwaltungsräte in der Bundesversammlung

Table with columns: Anzahl Sitze, inklusive öffentliche Mandate, ohne öffentliche Mandate, S, P, VR, AK. Rows include FDP, CVP, EVP, SVP, LU, SP, Rep., PdA, NA, and Total.

S = Anzahl Sitze; P = Anzahl Parlamentarier mit VR-Mandaten; VR = Verwaltungsratsmandate; AK = vertretenes Aktienkapital

Fortsetzung von Seite 1

neuesten «Memopress» die Broschüre «Der Weltkirchenrat und sein Blutgeld - Von der Okumene zum Weltkirchenow». Herausgeber: Die Internationale Studentengesellschaft für Politik, eine ominöse Gesellschaft, die in Interlaken eine Postfachadresse hat und aus der

Emil Rahm samt Frau Gemahlin gehören auch zu den Drahtziehern der Vereinigung «Ja zum Leben». Mit einer Flut von Traktaten, mit Pressecommuniqués und Leserbriefen, ja sogar mit Bildern vermeintlich Abgetriebener führt «Ja zum Leben» den Kampf gegen die Abtreibung und die Unmoral.

«neutralen Schweiz» die der CSU nahestehenden «internationalem» in der Bundesrepublik vertreibt. Aus dem «Abendland» (Selbsteinschätzung: «Natürlich sind wir kalte Krieger - Natürlich sind wir Antikommunisten») übernimmt Rahm neuerdings Klatsch über die schweizerische Linke im Cincera-Stil. Und die rechtslastige «Schweizerische Studenten-Zeitung» (SZZ) un-

bilden die Arbeitgeber und die Freierwerbenden noch immer eine eindeutige Mehrheit in der Bundesversammlung. Die Arbeitnehmerseite ist bei den drei bürgerlichen Parteien mit weniger als 10% vertreten. Insgesamt kommen im eidgenössischen Parlament auf einen durchschnittlichen Lohnempfänger etwa drei bis vier Vertreter der schweizerischen Wirtschaft.

Kein Rat ohne Mandat

«Von den 44 Ständeräten sind nur die beiden Schaffhauser Bächtold (fdp.) und Graf (svp.) sowie der Bündner Schlumpf (svp.) und der Genfer Donzé (soz.) nicht Mitglied eines Verwaltungsrates. Wenn auch mancher Ständerat dieses jenes öffentliche Mandat ausübt, so ist doch die Mehrheit der Ständervertreter durch private Verwaltungsratsitze aufs engste mit der schweizerischen Industrie und nicht selten auch mit den multinationalen Konzernen verbunden. Beispiele dafür sind die Ständeräte Heft (GL, fdp., 37 Mandate), Honegger (ZH, fdp., 2 Mandate) und Müheim (UR, cvp., 44 Mandate). Bei den bürgerlichen Nationalräten bietet sich das gleiche Bild: Zwei Drittel der FDP-CVP-SVP-Vertreter haben drei oder mehr private Verwaltungsratsitze. Besonders bei den im Parlament technisch überrepräsentierten Rechtsanwältinnen häufen sich naturgemäss die Mandate: der Tessiner CVP-Anwalt Pagani ist z. B. Verwaltungsrat von 53 wenn auch zumeist kleineren Aktiengesellschaften.

Im Durchschnitt entfallen auf die 174 Verwaltungsräte in der Bundesversammlung insgesamt 1010 Mandate, insgesamt vertretend sie neben dem Schweizer Volk über 1000 Wirtschaftsunternehmen mit einem Gesamtkapital von schätzungsweise 15 Milliarden Franken, was annähernd einem Drittel des Nominalkapitals aller schweizerischen Aktiengesellschaften entspricht. Besonders die grossen Unternehmen sind im Parlament prozentual stark vertreten. Von den Ende 1974 registrierten 622 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von mehr als 10 Millionen Franken sind 20% durch einen oder mehrere Verwaltungsräte stets im Bundeshaus präsent; bei den Gesellschaften mit einem Nominalkapital von mehr als 100 Millionen Franken beträgt dieser Anteil sogar 40%.

Von den traditionell unternehmerfreundlichen Freisinnigen sind ganze 13 Volksvertreter von insgesamt 69 ohne Verwaltungsratsmandat, bei der CVP 6 von 63 Fraktionsmitgliedern. Trotzdem

terstützt er regelmässig mit Inseraten. Auch die professionellen kalten Krieger vom Schweizerischen Ost-Institut sind in der «Memopress» oft als «Quelle» zitiert.

Über seine Mitarbeiter in unzähligen «Komitees» und «Aktionen» hat Rahm persönlichen Kontakt mit Rechtsausser-Politikern der Schweiz.

Neue Rechte?

Emil Rahm und die «Memopress» als weltfremde Spinner abzutun, die man ruhig weiterwursteln lassen soll, wäre aber verfehlt. Seine Störaktion gegen Kommunisten und Neue Linke, gegen Juden, Jesuiten und Freimaurer, gegen das internationale Grosskapital und für einen gesunden Mittelstand, für eine starke Armee und eine nationale/nationalistische Politik ähnelt derjenigen des Dritten Reiches.

Und indem Rahm die Schuld an Missständen, Minderheiten und Sündenböcken zuschreibt, indem er ein emotionales Angstvakuum, das er dann mit seinen Heilsparolen füllen kann, zu schaffen versucht, übernimmt er Methoden der faschistischen Propaganda: Sie dienen dem Aufbau eines Feindbildes des Kleinbürgers, der sich die letzten Reste einer hellen Mittelstandswelt zu erhalten sucht. Arbeitsgruppe Medienkritik

Volksvertreter Dr. Paul Eisenring, Nationalrat ZH (cvp.)



25 Verwaltungsratsitze; Aktienkapital der vertretenen Unternehmen: rund 750 Mio. Franken.

- A. W. Faber-Castell (Holding) AG, Grabs (10,0) (P)
AG Brinkmann International, Zug (1,0)
Allgemeine Finanzgesellschaft, Zürich (15,0)
Akonkraft AG, Zürich (0,05) (P)
Bank Leumi Le-Israeli (Schweiz), Zürich (15,0)
Banque de Gestion Financiere, Zürich (10,0)
BBC Societe Anonyme Brown Boveri & Cie., Baden (307,56)
Buchdruckeret Mahoff («Vaterland»), Luzern (2,0)
Expertisa Vorsorge-Beratungen AG, Zürich (0,05) (P)
Goldmann, B. Sachs AG, Zürich (0,5)
Handelsvertretungen AG, Lugano (0,05)
Hemdeszeitung und Finanzrundschau AG, Zürich (0,1205)
Jacobs Douwe Egberts AG, Zürich (150,0)
Luzerner AG, Zürich (0,2)
Michelin Recherche et Technique SA, Basel (2,5)
Motor-Columbus AG, Baden (130,0)
Parmoges AG, Basel (2,5)
Philipp Brothers Bank AG, Zug (15,0)
Privat Holding AG, Zürich (0,5)
Privatbank und Verwaltungsgesellschaft, Zürich (10,0) (P)
Proventia Commercial AG, Zürich (18,4)
Provostor SA, Aarau (2,0)
Schweizerisch-Amerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft, Zug (11,8) (S)
Sidamerikanische Elektrizitäts-Gesellschaft, Zug (30,0)
Tampimex Holding AG, Glarus (7,2)
(In Klammer: Kapital in Mio. Franken; P = VR-Präsident)

bleibt die FDP die «kapitalstärkste» Partei: 39 FDP-Mitglieder vertreten 284 Privatfirmen mit einem gesamten Aktienkapital von 6530 Mio. Franken. Und die CVP kann mit 40 Mitgliedern der Bundesversammlung aus 334 Verwaltungsräten immerhin noch ein Aktienkapital von 2807 Mio. Franken in die Waagschale werfen.

Die heimlichen Fraktionen

Aktienkapital-Spitzenreiter Hans Rügge z. B. hat mehr im Rücken als die Motor-Columbus (AK 130 Mio. Fr.) oder die ITT-Tochter Standard Telephone und Radio AG (AK 33 Mio. Fr.). Als Vorstandsmitglied des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen und Präsident des Arbeitgeberverbands schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller (ASM) trifft er seinen ASM-Vorstandskollegen Ulrich Ammann (fdp., BE) in Bern.

Beinahe «Fraktionsstärke» erreichen die Handelskammer-Männer Ruedi Schatz (fdp.), Präsident der st-galischen Handelskammer, Kaspar Meier (fdp.) Direktor der zentralistischen schweizerischen, Fritz Honegger (fdp.), Direktor, und Ulrich Bieri (fdp.), Vorstandsmitglied der zürcherischen Handelskammer.

Glatt überbrundet von den Gewerbeverbändlern werden die nationale Rechte (NA, Rep.) und die kommunistische Linke (PdA, PSA), die mit sieben Leuten sozusagen Fraktionsstärke erreichen. Nationalratspräsident Rudolf Etter (svp.) ist gleichzeitig Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV), begleitet von SGV-Direktor

Finden Sie unsere Presse objektiv? Weiterlesen auf Seite 7

Lohnender Nebenverdienst

Sie suchen Studenten und Studentinnen für den Verkauf von erstklassigen Kunstreproduktionen weltbekannter Künstler wie: Renoir, Degas, Ernst, Koller etc. (Kunstkenntnisse nicht erforderlich). Verdienstmöglichkeit: 24 Fr. bis 36 Fr. pro Stunde. Keine Verpflichtung. Rufen Sie uns an: Dienstag und Donnerstag 17 - 19 Uhr. REHA International Tel. (01) 39 33 30

Semestearbeiten Dissertationen tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig. R. Hager, Waldstrasse 14 8046 Zürich Tel. (01) 57 66 50

Hemdsärmelig

dass in Bern unter der Kuppel mehr Kapital verammelt ist als im Vierwaldstättersee, ist beinahe ein Gemeinplatz, zumindest für diejenigen, die das Gerangel und Gewirrt «dort oben» - wie der Volksmund so treffend sagt - nicht für den Begriff der Demokratie schlechthin ansieht. Und dass sich auf 244 Sitzen 1010 Verwaltungsdrängen, die ein Aktienkapital von über 10 Milliarden Franken repräsentieren, sich wissen, mag ein Indiz dafür sein, dass sich in helvetischen Gauen die Demokratie schon längst zur Plutokratie gemauert hat. Dass also der volksverbundene Herr Zinsli nur vorgeschoben wird, um das Volk etwas weniger geheute Gesicht des monsieur zins - sprich exponierten der grossbanken - zu verdecken.

trotzdem, mehr als ein Indiz ist es nicht, denn einmal müsste gezeigt werden, welche negativen Auswirkungen die Union von wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsgewalt zeitigt, um das Argument zu entkräften, dass «die fähigen Leute eben einfach nicht gesit und in der Politik wie in der Wirtschaft gefragt seien». Dann gibt es Verwaltungsräte und Verwaltungsräte, etwa solche von öffentlich-rechtlichen Institutionen (z. B. SBB) oder von gemischtwirtschaftlichen Betrieben (wie etwa die meisten Elektrizitätswerke), die die regierungsvertreter z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschieden werden zwischen Kleinbetrieben und weitzerzweigten Grossunternehmen, die mitunter im Parlament geradezu auf fraktionsstärken, wenn nicht noch mehr kommen. Weiter: das Aktienkapital gibt keinen stichhaltigen Hinweis auf die wirkliche Bedeutung einer Firma. Der chemie-konzern Hoffmann-La Roche weist z. B. nicht mehr als das gesetzliche Minimum von 50 000 Franken Aktienkapital aus. Massgebend wäre hier schon eher der Umsatz oder die Gewinnkraft. In der regierungswirtschaft z. T. ex officio aufgenommen werden, und solche von privaten Firmen, und auch hier muss unterschied

Hundegesichte, Menschengeschichte

Vorsicht Tierfreunde!

Diese Geschichte, die mir zugespült wurde, ist nach allen Regeln der Zunft nicht zeitungswürdig. Sie ist schon über ein Jahr alt. Und sie handelt, vorerst und vordergründig, nur von einem kleinen Postangestellten irgendwo in der schönen Schweiz, der genau nach Statuten aus dem lokalen und damit auch aus dem schweizerischen Hündlerverein ausgeschlossen wurde. Der Ausschluss sei «sicher berechtigt» gewesen, stand im Februar 1975 in der Lokalzeitung, «denn eine Hundsmisshandlung ist eines Hundesportlers unwürdig». Fünf

Monate später meldete auch der «schweizer hundesport» den Ausschluss «wegen Schädigung des Ansehens des Vereins durch tierquälerisches Verhalten» – samt Name und Adresse des Sünders, den wir hier Born nennen wollen. Der Postangestellte Born wohnt in einem kleinen Dorf, und für die Gerüchte und das Geschwätz musste er nicht sorgen. Der Tierschutzverein indessen, wo Born auch Mitglied ist, weigerte sich, Born wegen der angeblichen Hundsmisshandlung und Tierquälerei auszuschliessen. Jürg Frischknecht

Die Tierquälerei geschah so: Born hatte sich im Frühjahr 1974 überreden lassen, für eine Wirtin deren Deutschen Schäfer scharf zu machen, abzurichten. Unentgeltlich, ist beizufügen. Der Hund war schwierig, fiel Born sogar im Hinten an, biss zu. Man übte weiter «Führer-erziehung». Born mittle Angriffe auf die Wirtin; der Schäfer sollte seine Führerin verteidigen. Da fiel der Hund Born von vorne an, die Wirtin konnte ihn nicht mehr halten. In einem Angstreflex schlug ihm Born mit dem Stock eins auf den Schädel. «Dir will ich's schon zeigen», sagte Born zum Schäfer, der kurz bewusstlos liegenblieb. Einen bleibenden Schaden trug er nicht davon. «Zum Selbstschutz», so schreibt es das Reglement vor, ist vom Abriecher sein Stock mitzunehmen».



«Mannsarbeit» mit Schäferhunden

(Bild: M. Luscaçova)

Paradies für Scharfmacher im «schweizer hundesport» geheissen. Wer nicht auf beiden Augen blind ist ...

Der Zwischenfall war beinahe vergessen, als Born im Herbst 1974 von den Instanzen des lokalen Hündlervereins verhöört wurde. Im Februar 1975 wurde er von der Hauptversammlung des kynologischen Vereins ausgeschlossen. Treibende Kraft war der kommende Präsident des Vereins, der früher als Kammerfeger und heute als Polizist für Sauberkeit im Dorf besorgt ist. Die Lokalpresse machte den Ausschluss publik. Im Dorf zirkulierten Verdächtigungen, Frau Born wurde am Telefon belästigt. Born hatte genügt, resignierte und liess die Einsprachfrist vorbeiziehen.

Borns Ausschluss musste von den Instanzen der Schweizerischen Kynologischen Gesellschaft (SKG) geprüft und sanktioniert werden. Als Zentralpräsident amtierte dort Oberst Paul Rub. Georg Blind ist Chef der Technischen Kommission für das Gebrauchshundeswesen (TCG).

Wer ist dieser Tierquäler und Hundsmisshandler? Born wurde 1960 Hündler. Seit 1963 ist er Lawinenhundeführer mit SAC-Ausweis. Ebenfalls 1963 war er bei einem Lawinenunglück lebensrettender Mund-zu-Nase-Beatmer. Born ist seit unzähligen Jahren Musikdiener bei der lokalen Blechmusik. Ein hilfsbereiter, musterhafter Bürger, einer jener viel zu wenigen Hündler, die ihren Hund in den Dienst des gefährdeten oder behinderten Mitmenschen stellen. Dass er sich dazu überreden liess, einer Wirtin aus Gutmutigkeit den Hund scharf zu machen, wird Born heute bezeugen.

Man kann die ganze Geschichte auch anders sehen: Vereinsmeier, die wenig gegen den Einsatz von Hunden gegen Menschen unternehmen, warten ein unbehagliches Mitglied unter dem Vorwand der Tierquälerei aus dem Verein. Spekulieren wir mal, Ein Hündler, der beschaffen einen Unfall bei einem Schwerverletzten liegenliess und türmte, wollte kurz danach Richter werden, das heisst Beurteiler bei SKG-Gebrauchshundepfunden. Die Verbandsstatuten setzen für solche Richter auch «moralische Eigenschaften» voraus. Born wagt in einer Eingabe darauf hinzuweisen, dass dieser Mann, ein Musterkandidat wohl fehlten. Der Mann wurde dennoch zu den Prüfungen zugelassen, die von Blinds TCG abgenommen werden, fiel aber zweimal durch.

Unser Führerflüchtling und Richter-kandidat hat seinerzeit von einer Baslerin ein Ferienhaus gemietet, was er sich verpflichtet hatte, nach dem Tod der alten Dame ihren Hund weiterzupflegen. Wie der Zufall es so will, macht just in diesem Ferienhaus Georg Blind, siehe oben, mit seiner Familie Ferien. Privat ist Blind Chef der Baselbieter Fremdenpolizei. Genau: war Chef. Wie man aus der Presse weiss, sanktionierte der Tierfreund und Gebrauchshundehelfer Blind in seiner Amtsbesitz in sadistischer Weise Ausländerinnen und wurde dispensiert. Blinds Anwalt entschuldigte die Verfehlungen mit einem «krankhaften Verhalten» seines Klienten. Doch zurück zu unserem Ferienhäusler und Beinhalt-Richter. Im nächsten Anlauf hat er es geschafft. «Moralische Eigenschaften ...»

Blind, noch immer von seinem Amt dispensiert, kann sich jetzt vermehrt seinen Hunden widmen, nachdem er von Ausländerinnen ablassen musste. Anfang November 1975 beurteilte er in seinem Ferienort in Anwesenheit unseres Doch-nach-Richters und des Kammerfeger-Polizisten als Experte erneut Hundehüter, eine grössere Anzahl Hundehüterinnen und gar einen schulpflichtigen Brub. Früh übte sich, was ein Hundemesser werden will. Um Mitte November besuchte er Blind in Maglingen als TCG-Chef die Prüflinge für Richter-Anwärter. «Allfällige Beschwerden in bezug auf moralische Eigenschaften usw. sind schriftlich und begründet beim Präsidenten der TCG, Georg Blind, Wachtelweg 27, 4132 Muttenz, einzureichen», hatte es vorgängig

Nun, vom angeblichen Tierquäler und Immer-Noch-Tierschützer Born werden die Hündler-Offiziellen nicht mehr gestört. «Dieser Fall wird in unserem Verzeichnis nicht mehr behandelt», liess der saubere Polizist verlauten. Vielleicht finden die Hündler-Herren mal die Musse,

neben dem Traktandum «Tierquälerei» auch das Dossier «Einsatz von Hunden gegen Menschen» aufzuschlagen. Hier einige Fundstücke aus diesem Dossier als Anregung: • 1974 prüften Blinds SKG-Experten 8567 Gebrauchshunde. Ein Grossteil von ihnen sind sogenannte scharfe Hunde, hart trainiert in «Mannsarbeit» (lies: Einsatz gegen Menschen). Weshalb hier von «Hundesport» und von «Hundesportlern» die Rede ist, bleibt

Kommerz und Engagement im Schweizer Film

«Alle Affen gaffen, hu hu hu...»

Ende Januar beginnen in Solothurn die diesjährigen Filmtage. Die vorgeführten Filme haben die mannigfaltigen Hindernisse, die einer Schweizer Filmproduktion im Wege stehen, erfolgreich überwunden. Aber noch sind die Werke nicht beim Publikum angelangt. Die Filmtage bedeuten oft nur die Schwelle zu neuen Problemen: Sie sind nicht Endstation, sondern Startpunkt; der Film sollte in den Verleih kommen, sein Publikum finden. Die kommerziellen Verleiher und der Schweizerische Lichtspieltheaterverband SLV, der Zusammen-

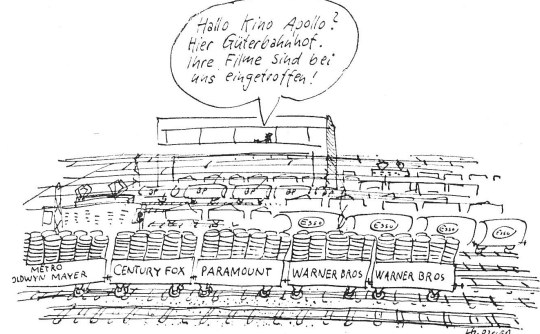
schluss der Kinobesitzer, setzen auf publikumssichere Filme. Was tun? Für bessere Startchancen haben die Filmschaffenden zur Selbsthilfe gegriffen und den Verleih Film-Pool des Schweizerischen Filmzentrums gegründet. Die nichtkommerziellen Spielstätten haben sich ihrerseits zum «Cinélibre» zusammengeschlossen. Was bringen solche Organisationen? Genügen sie? Reicht es, ein eigenes Netz von Vertriebskanälen zu haben, das zwar gegen das kommerzielle läuft, aber nach den gleichen Prinzipien aufgebaut ist?

Ansätze zur Selbsthilfe:

Um dennoch in den heissen Verleih und an das schweizerische Publikum zu kommen, mussten sich die Filmschaffenden selbst zur Wehr setzen. 1970 schuf der Verband Schweizerisches Filmzentrum den Film-Pool als Verleihorganisation für nichtkommerzielle Schweizer Spiel- und Dokumentarfilme. Der Film-Pool hat zum Ziel, jedem Filmschaffenden

bringt. Er ist die Verwaltungsstelle für kritische Filme.

An anderer Stelle des «circuit parallèle», des Netzes von Vertriebskanälen, das den bestehenden kommerziellen Strukturen entgegenläuft, stehen die Filmklubs und andere, nichtkommerzielle Spielstätten wie die Ansätze zum kommunalen Kino in Zürich, Genf und Bern. Um ihre gemeinsamen Interessen



den ein Podium zu sein, ihm Zugang zu seinem spezifischen Publikum zu vermitteln.

Der grosse Aufschwung kam 1972, als der Film-Pool «La Salamandre» von Alain Tanner in Verleih übernehmen konnte – allen anderen Verleihern war der Film zu wenig publikumssicher gewesen. Von allem Anfang an beim Film-Pool dabei waren Filmher wie Fredy Murer, Yves Yersin, Alexander J. Seiler, Markus Imhoof, Peter von Gunten. Dem Film-Pool als Selbsthilfeorganisation der Filmschaffenden gelang es – unterstützt von Bundesubventionen –, für den Schweizer Film jene organisatorischen und administrativen Leistungen zu erbringen, die der kommerzielle Verleih für die kommerzielle Produktion er-

wahrzunehmen, haben sie sich im Frühjahr 1974 zum «Cinélibre» zusammengeschlossen. Cinélibre will die Filmein- fuhr durch Koordination und Rationalisierung verbilligen. In einem neuen Vertrag mit der Filmwirtschaft will es ferner die restriktiven Bedingungen, unter denen heute vielerorts die nichtgewerblichen Vorführungen stattfinden müssen, durch günstigere und für die ganze Schweiz gültige ersetzen. Auch das Cinélibre wird vom Bund subventioniert.

Der engagierte politische Film

Der kommerzielle Kinofilm ist dazu gemacht, sein Publikum zu zerstreuen

zeit der Stadt Bern im Kampf gegen das Verbrechen und Strohcentrum bei Demonstrationen und Grossveranstaltungen an. In Madrid, wo Rub schon an internationalen Hündlertagungen teilnahm, funktioniert das bereits. Zeitungsschlagzeile: «Spaniens Studenten mit den Arbeitern solidarisch – Polizeihund gegen Demonstrationen». In der Schweiz warnte Zürichs damaliger Oberbürger Dr. Gut die Polizei schon im Jahr 1968: «Las die Hände von den Hund!» Denn die Hunde seien «zu abgerichtet, dass sie auch ohne Befehl automatisch jeden angreifen, den sie als Bedrohung für ihren Herrn und Meister empfinden...». Zwischenfälle an Fussballspielen und andern Grossveranstaltungen, wo Hunde als Bewacher eingesetzt wurden, geben Gut recht. Der Chef der Stadtzürcher Polizeihunde jedoch meint: «Unsere Hunde sind keine Bluthunde, sondern Besten erzogen.» Wie ihre Meister.

Graben bei Atomkraftwerken. Gelände des künftigen Heizkraftwerkes. Nacht für Nacht patrouillieren private Hundeführer mit ihren Gebrauchshunden um das scheinwerferbeleuchtete Feld entlang den hohen Drahtzäunen. Sold für Nacht, auszuhelfen von den Kraftwerkherren: hundertzufzig Franken.

Ich weiss, diese Fundstücke zeichnen natürlich ein völlig einseitiges und verzerrtes Bild des Hundesports. Der Gerechtigkeit halber deshalb noch ein Lesepit: Kaufen Sie sich am nächsten Kiosk den offiziellen «schweizer hundesport». Der wird vom Lehrer und Hundezüchter Hans Rüber so gut redigiert, dass Rüber nicht nur Präsident des Schweizer Clubs für Schnauer und Pinscher und des Schweiz. Riesenschnauer-Clubs ist, sondern seit diesem Winter auch Ehrendoktor der Universität Bern. Honoris causa.

PS: Donnerstag, 15. Jan. Der ehemalige Baselerliche Fremdenpolizeichef Blind erhält vier Monate bedingtes. Der Oberhändler hatte seine «erotisch-perversiven Neigungen» (so das psychiatrische Gutachten) an insgesamt acht Ausländerinnen abgereigt, indem er die stricklosen Frauen mit Handschellen, Mänteln und Ketten «zur Strafe» z.T. am ganzen Körper fesselte. Das Gericht anerkannte eine verminderte Zurechnungsfähigkeit. «Beschwerden in bezug auf moralische Eigenschaften usw. sind schriftlich und begründet bei Georg Blind einzureichen...» Jürg Frischknecht

und abzulenken. Er zeigt Abenteuer, Liebesgeschichten, Komödien. Der Filmbesuch verschönert dem Zuschauer seine Freizeit, er entlastet ihn vom Alltag, von der Arbeitswelt. Obwohl er eine öffentliche Vorführung sucht, bleibt der einzelne Privat. Dafür sorgt nicht nur der jeweilige Inhalt des Films; sondern auch das ganze Drum und Dran des Kinobesuches. Er mag vielleicht mit einem gemütlichen Nachessen zu zweit eröffnet, mit einem Schlummertrunk beendet werden. Vielleicht dass das Erlebte den Stoff für eine anersame Konversation abgibt. Keinesfalls ist jedoch das Kino selbst ein Ort der Kommunikation.

Der politische Film hat andere Themen: Arbeitsprobleme, Jugend- und Frauenbewegung, Militarismus, Imperialismus, Repression. Er will gerade zeigen, dass die Erfahrungen, Probleme und Bedürfnisse des einzelnen nicht nur persönlich, zufällig sind. Solche Inhalte verlangen eine neue Art von Vorführung. Es reicht nicht aus, dass sich der einzelne betroffen fühlt. Es soll ihm auch die Möglichkeit gegeben werden, sich seinerseits zu äussern, seinen eigenen Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu formulieren. Decken sie sich mit dem im Film Gesehenen? Wie stehen die Kollegen dazu? Welches sind ihre Erfahrungen? Was können wir, was wollen wir dagegen tun?

Die Alternative: Filmcooperative Zürich

Aufgrund der Erfahrungen, die sie im ehemaligen Filmklub DAF (Der andere Film) in Zürich gemacht hatten, gründeten einige Leute 1972 die Genossenschaft Filmcooperative Zürich.

Die «Filmcopi»

Ihr Zweck ist die Beschaffung und der Verleih von zeitkritischen und künstlerisch wertvollen Filmen. Sie fördern nach Möglichkeit die Herstellung von einheimischen Filmen, die inhaltlich der Zielsetzung der Filmcooperative entsprechen oder nahestehen» (Statuten vom März 1972).

Die Genossenschaft verleiht nicht nur politisch wichtige Filme, sondern sie beteiligt sich auch an der Gestaltung der Filmvorführung. Sie informiert und berät die Veranstalter, sie stellt zu den Filmen und ihren Themen Dokumentationen bereit, sie animiert die Diskussion im Publikum. Besonders geeignet für diesen Typus von Vorführung sind Filme wie «Krawall», «Histoires d'A», «Ein Streik ist kein Sonntagsspiel», «Kaiserkrone». Die Filmemacher selbst begleiten ihre Filme in die Vorführung. Sie können ihre Filme nicht isoliert von der Bevölkerung machen, wollen mit ihrem Publikum ins Gespräch kommen.

Grundsätze zur Lehrentlassung

Amtsstempel für Staatsfeinde

Erwin Steiner, Sekundarlehrer, darf an Zürcher Schulen nicht unterrichten. Steiner hat nach seiner Verurteilung als Dienstverweigerer aus Gewissensgründen mehrere Praktika und Vikariate betreut. «Die diesbezüglichen Berichte lauten gut bis sehr gut», urteilte der Erziehungsrat. Trotzdem verweigert der Zürcher Erziehungsrat unter dem Vorsitz von Alfred Gilgen dem jungen Sekundarlehrer den Schuldiens. Er stützt sich dabei auf selbst geschaffene «Grundsätze» zur Anstellung von dienstverweigernden Lehrern, die von Zürcher Lehrern den Nachweis einer staatsstreuen Weissen Weste verlangen. Mit einem skandalösen Verfahren («Aufgrund der Akten ist anzunehmen...») hat der Erziehungsrat seinen Erlass an drei Lehrern ausprobiert: zwei bestanden, Steiner fiel durch.

Der Zürcher Erziehungsdirektor Alfred Gilgen hat im Erziehungsrat Grundsätze durchgeboxt, mit Hilfe deren die Entlassung von sogenannten Staatsfeinden und Dienstverweigerern aus dem Schuldiens zum Verwaltungsgeschäft wird, wie etwa der Bau eines neuen Schulschulmbekens. Was bisher als Willkürakte die Öffentlichkeit empörte, etwa die Kaltstellung des Mathematiklehrers Jürg Jost, soll jetzt Regel werden; mit den «Grundsätzen betreffend die Beschäftigung von Lehrern im kantonalzürcherischen Schuldiens nach Verurteilung wegen Dienstverweigerung oder Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten».

Die Staats-Treue-Prüfung

Der Gilgen-Erlass kennt drei Sorten Lehrer, die den Zürcher Eltern und Kindern nicht oder nur mit schweren Bedenken zugemutet werden können. • Staatsfeinde: Das Wahlbarkeitszeugnis kann verweigert oder später ertrieben werden, «wenn die Vertrauenswürdigkeit wegen staatsfeindlicher Tätigkeit fehlt». Ist der Betreffende bereits Lehrer, so «kann der Erziehungsrat das

Wahlbarkeitszeugnis vorübergehend oder dauernd entziehen». • Liegen gegen einen Lehrer Urteile wegen Dienstverweigerung oder «Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten» (Art. 98 Militärstrafgesetz und Art. 276 bürgerliches Strafgesetz) vor, so wird sein Eintritt in den städtischen Schuldiens grundsätzlich verweigert. Steht er bereits im Schuldiens, so ist seine Entlassung beziehungsweise der Entzug des Wahlbarkeitszeugnisses dem Erziehungsrat zu beantragen. • Würde ein Lehrer wegen Dienstverweigerung aus religiösen oder ethischen Gründen in schwerer Gewissensnot verurteilt, «so ist seine Vertrauenswürdigkeit bezüglich seiner Haltung zum Staat in Zweifeln zu ziehen. Eine Weiterbeschäftigung oder Anstellung als Lehrer ist grundsätzlich zu überprüfen.» Dies gilt besonders, wenn er «in der Schule oder in der Öffentlichkeit für die Dienstverweigerung eintritt oder eingetreten ist beziehungsweise einer Verurteilung angehört oder angehört hat, welche diesen Zweck verfolgt». Gelingt es einem Lehrer nicht, mit einem «Entlastungsbeweis» die behördlichen Ge-

wissensprüfer von seiner Staatsstreue zu überzeugen, wird er nicht eingestellt oder entlassen.

Der Zürcher Regierungsrat hat diesen Grundsätzen zugestimmt und will sie «sinngemäss auf Mittel- und Hochschullehrer anwenden».

Damit

«Aufgrund der Akten ist anzunehmen...»

Der Erziehungsrat hat seinen Staatsstreue-Test bereits mit drei Volksschullehrern durchgespielt. Zwei wurden weiter unterrichtet, Steiner blitzte ab. Es lohnt sich, die Begründung genau zu lesen.

«Wie sich aus den Akten ergibt, ist der Einsprecher vom 6. Februar 1972 bis 3. Juli 1975 mindestens zweimal in der

Mehr über Repression an Schweizer Schulen erfahren Sie in «das Konzept» Nr. 11/74 (siehe freie sind unsere Schulen), in Nr. 6/75 (Weisbuch über Repressionsfälle in Erziehungssektoren) und in Nr. 7/75 («Comeback des Rohstoffs»). Jede Nr. hat gegen 1.50 Fr. erhältlich bei «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

Öffentlichkeit für die Dienstverweigerung eingetreten: Er verteilte am 6. Februar 1972 auf dem Kasernenareal des Waffenzplatzes Kloten/Bülach in Bülach vor dem Wachtlokal armenfeindliche Flugblätter und nahm am 3. Juli 1973 in der Universität Zürich an einer Versammlung mit Diskussion im Zusammenhang mit der Abweisung seines Antrages durch die Personalkommission des Erziehungsrates, ihn wieder zum Schuldiens zuzulassen, teil. Auf Grund der Akten ist anzunehmen, dass der Einsprecher mindestens bei den zwei erwähnten Gelegenheiten für die Dienstverweigerung eingetreten ist. Des weiteren geht aus den Akten hervor und wird vom Einsprecher auch nicht bestritten, dass er während einiger Zeit Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner gewesen ist. Noch im November 1973 wurde er an der Jahresversammlung der Internationale der Kriegsdienstgegner in den Vorstand gewählt. Schon aus diesen Gründen wäre eine Einsprache abzulehnen.»

Der Erziehungsrat fragt sich weiter, ob denn ein solcher Lehrer Geschichtsunterricht erteilen könne. Dort muss er ja auch auf die Aufgabe und die Rolle der Armee, vor allem im Zweiten Weltkrieg, eingehen. Angesichts seiner Ein-

stellung zur Armee sei deshalb «nicht von der Hand zu weissen», dass Steiner entweder «in seinem Unverricht den Lehrplan offensichtlich verletzen oder wiederum in eine echte Gewissensnot versetzt» würde.

Geheime Akten, falsche Vorwürfe

Schauen wir uns die vier Vorwürfe näher an, die in Zürich gegen einen besten qualifizierten Lehrer zum Staatsfeind zu stempeln:

• Steiner hat in Bülach auf öffentlichem Grund und nicht auf dem Kasernenareal Flugblätter verteilt. Bezirksgericht und Obergericht haben ihn deshalb vom Vorwurf des widerrechtlichen Flugblattverteilens freigesprochen. Das Flugblatt rief in keiner Weise zur Dienstverweigerung auf. Es war ein Protest gegen Prof. Daniel Freis Rekrutenbefragung.

• Steiner hat im Juli an einer Informationsveranstaltung an der Uni über seinen Fall informiert. Er hat die Versammlung nie auch nur im geringsten zur Dienstverweigerung «verleitet». Es ging einzig um die Information der Öffentlichkeit in seinem Fall.

• Steiner war bis vor einem Jahr Mitglied der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Die IdK ist ein Verein, gemäss Bundesverfassung, der den Zweck hat, «mit gewaltfreien Mitteln eine Veränderung der Gesellschaft herbeizuführen». Die IdK ist weder verfassungswidrig noch staatsfeindlich. Der Erziehungsrat verliert Wort über die IdK, die angeblich öffentlich zur Dienstverweigerung aufruft. Gilgen unterschreibt der IdK Ziele und Taten, die er nicht belegen kann.

• Die «Argumentation» mit dem Geschichtsunterricht trifft auch auf Dienstverweigerer aus ethischen oder religiösen Motiven zu. Sie steht damit im Widerspruch zu den Gilgen-«Grundsätzen». Sie ist abgesehen davon sowieso nicht haltbar. Schon gar nicht, wenn der Erziehungsrat einem Lehrer Vorwürfe macht, bevor er sich überhaupt im Unterricht etwas zuschulden kommen lässt.

«Wie sich aus den Akten ergibt, ist «Aufgrund der Akten ist anzunehmen...»: Das sind Unterschreibungen, Vermutungen, aber keine rechtsgültigen Beweise. Steiner hat diese Akten nie gesehen, auch die Öffentlichkeit nicht. Der Erziehungsrat nimmt einen strafrechtlichen Tatbestand aufgrund geheimer Akten einfach an. Gilgen ermittelt, klagt an, beweist (mit geheimen Beweisen), schafft sich das Gesetz (Grundsätze), und richtet in eigener Sache. Das Volk, das ihn bis 1979 wählte, wird befragt, kaum mehr informiert. Gilgen 1975: «Es ist mir egal, mit Kanonen auf Spatzen zu schiessen, Hauptsache, ich treffe.» Konrad Fisser

Spielregeln

zum nebenstehenden Arbeits-Los-Spiel

Jede Ähnlichkeit mit wirklichen Vorgängen und Ereignissen ist unbeabsichtigt und ist auf die unkontrollierte Phantasie der Spieler bzw. Leser zurückzuführen.

Material:

Für das Spiel werden benötigt: 2 Würfel, ein Fünfrückenstück und pro Spieler eine farbige Spielfigur. Ferner ein Blatt Papier und ein Schreibstift.

Grundsätzliches:

Jeder Spieler bzw. jede Spielfigur verkörpert einen Arbeitnehmer. Vom «Stellenantritt» bis zur Entlassung oder zum Stellenwechsel bekleidet er eine Stelle bei einem Arbeitgeber.

Es gibt im Spiel Konjunkturphasen und Rezessionsphasen, und zwar solche, die nur einzelne Spieler betreffen (Branchen-Rezession bzw. -Konjunktur), und solche, die alle Spieler betreffen (allgemeine Konjunktur-Rezession). Es gibt dementsprechend einen Konjunktur-Kreislauf «K» (oben) und einen Rezessions-Kreislauf «R» (unten). Die allgemeine Wirtschaftslage wird durch das Fünfrückenstück angezeigt, das entweder im Konjunktur- oder im Rezessions-Kreislauf liegt. (Wie der Wechsel der Wirtschaftslage erfolgt, wird weiter unten erklärt.)

Spielbeginn:

Bei Spielbeginn herrscht alle Konjunktur (Stellenantritt im K-Kreislauf). Jeder Spieler stellt seine Figur auf die Stellenvermittlung und dann wird Würfel gewürfelt, grundsätzlich mit zwei Würfeln.

Mit einer 6 gelangt man auf Stellenantritt, mit 2 x 1 ins Stempelklokal (von dort mit einer 6 wieder auf die Vermittlung). Vom Stellenantritt aus rückt man pro gewürfeltem Punkt einen Tag vor und schwenkt nach bestandener Probezeit in den Konjunkturkreislauf ein (Pflichturlaub!).

Dienstjahre:

Jedes Passieren des Feldes «Freitag, der 13.» ergibt für den betreffenden Spieler ein Dienstjahr, das auf einem Blatt mit einem Strich notiert wird. Wechselt ein Spieler die Stelle, so müssen die neuen Dienstjahre von den alten separat vermerkt werden.

Freitag, der 13.:

Landet ein Spieler genau auf diesem Feld, würfelt er noch einmal und liest dann die entsprechende Anzeige in der Mitte des Kreislaufes, den er eben absoziiert hat.

Wechsel der individuellen Wirtschaftslage:

Beim Passieren des «Freitag, 13.» und beim Einschwenken aus der Probezeit bleibt der Spieler normalerweise im selben Kreislauf wie zuvor. Ein Wechsel findet nur statt, • wenn der Spieler auf «Freitag, 13.» entsprechend würfelt, oder

• wenn die allg. Wirtschaftslage vom Konjunktur- in den Rezessions-Kreislauf wechselt, während man in K weil, oder von R zu K, während man in R weil. In diesem Fall wechselt man den Kreislauf beim nächsten Durchgang beim «Freitag, 13.»

Wechsel der allg. Wirtschaftslage:

Ein solcher findet statt, sobald mindestens die Hälfte der Spieler in den andern Kreislauf hinüber geraten ist, oder wenn das entsprechende Ereignis am «Freitag, 13.» eintritt. Das Fünfrückenstück wird in den andern Kreis verlegt.

Überholens (faktultative Regel)

Wer in Keiner der Mitspieler auf einem Werktag überholt, darf ihm beim nächsten Würfeln einen Würfel wegnehmen und für seine eigene Figur werfen. In R dasselbe die drei nächsten Male.

Generalstreik:

Der Generalstreik für das «Recht auf Arbeit» wird entweder durch «Freitag, 13.» ausgelöst oder kann von zwei Spielern im Streik ausgerufen werden. Jeder Spieler kann entscheiden, ob er mitstreiken oder als Streikbrecher weiter Runden drehen will. Streikbrecher dürfen während des Streiks nur einen Würfel benutzen.

Die Streikenden würfeln normally, rücken aber nicht vor. Die gesamte Punktzahl aller Streikenden wird gemittelt und entspricht dem Ergebnis der Streikrunde.

7-8-12 Punkte: Arbeitgeber und Regierung müssen die Streikforderung akzeptieren; das «Recht auf Arbeit» wird garantiert, das Stempelklokal geschlossen. Jeder Stellenlosgehe kündigt direkt auf die Vermittlung und kommt mit einer 4, 5 oder 6 auf Stellenantritt. Den Streikenden wird je ein Dienstjahr gutgeschrieben, ausserdem sind sie während der nächsten zwei Runden vor jeder Entlassung geschützt.

5-5-7 Punkte: Die Gewerkschaften handeln mit der Regierung einen Kompromiss aus. Das «Recht auf Arbeit» wird nicht garantiert, aber der Staat schafft für die Stellenlosen nach Möglichkeit Arbeitsplätze. Vom Stempelklokal in die Vermittlung bzw. von da auf den Stellenantritt genügt eine 5. Die Streikenden rücken je vier Wochen vor, sind aber nachher nicht vorbestraft.

2-5-4 Punkte: Mangels guter Führung bricht die Solidarität auseinander, der Streik ist gescheitert. Die Streikenden werden in Probezeit gesetzt (auf Montag nach Start), die übrigen mit den wenigsten Dienstjahren in der gegenwärtigen Firma gilt als Drahtzieher und wird fristlos entlassen (auf Stempelklokal). Die Streikenden können das Ergebnis einer Streikrunde akzeptieren oder weiterstreiken. Nach der dritten Runde muss der Streik abgebrochen und das Ergebnis angenommen werden.

Spiel-Ende und Sieger:

Variante A: Sobald ein Spieler 10 Dienstjahre insgesamt hat, kann er den Ruhestand antreten. Er hält auf «Freitag, 13.» an (auch wenn er weiter gewürfelt hat) und spielt von da aus mit einem Würfel Richtung Ruhestand weiter. Dort muss er mit der exakten Punktzahl landen. Der erste Spieler im Ruhestand ist Sieger usw.

Variante B: Man spielt ohne Ruhestand und bricht das Spiel nach einer bestimmten Zeitdauer ab. Wer am meisten Dienstjahre auf dem Buckel hat, ist Sieger usw. Am Schluss geht es noch um den Fünfliber. Es gibt drei Möglichkeiten: 1. Man gibt ihn dem Sieger; das ist die kapitalistische Variante. 2. Man gibt ihn dem Verlierer; das ist die soziale Variante. 3. Man zahlt ihn ein auf PC 80-37626, «das Konzept», Zürich, Spielfonds; das ist die nützlichste Variante.

Willkür zur Normalität erhoben

«Demokratie? Das heisst Volksherrschaft. Aber davon sind wir noch weit entfernt. Was wir haben, ist mehr für den Sonntag. Aber was wir brauchen, ist eine Demokratie für den Werktag.» Spanienkämpfer Jonny Linggi im Dindo-Film «Schweizer im spanischen Bürgerkrieg», vom Schweizer Fernsehen zensuriert.

Sonntags. «Die Schweiz ist ein freihändler-demokratisches Rechtsstaat.» Diese Dreieinigkeit von individuellen Freiheitsrechten, demokratischem Entscheidungsprozess und rechtsstaatlichen Normen geht bis tief in die Lippen des Vaterunsers.

Werktags. Lehrer verlieren im Namen des freihändler-demokratischen Rechtsstaates ihre Stelle, weil sie sich das Freiheitsrecht herausnehmen, nicht nur eine eigene Meinung zu haben, sondern diese auch zu äussern. Beispielsweise an antifaschistischen Demonstrationen, in armeerückführenden Flugblättern oder durch Verweigerung des Militärdienstes.

Solche Berufsverbote häufen sich; alle paar Monate einige Zeitungsschlagzeilen.

Man kennt sie, die Fälle der Froidevaux, der Jost. Obschon die Kaltstellung von Nonkonformisten, Oppositionellen und Linken in der Schweiz weiss Gott keine Erbsünde der letzten Jahre ist, erzeugen diese Fälle dennoch ein jeder für sich Aufsehen. Man versteht sie weitherum als Willkür, als Verstoß gegen die demokratischen Regeln, als Ausnahmefälle.

Das soll nun alles besser werden. Die Ausnahme wird zur Regel erklärt, die Willkür zur Normalität erhoben. Zürichs Erziehungsrat hat seine Erziehungsgrundsätze so erlassen: normale Dienstverweigerer verlieren Lehrstellen automatisch, Staatsfeinde in der Regel, und ethische/religiöse Dienstverweigerer werden von der Gilgenschen Inquisition auf demokratisches Herz und rechtsstaatliche Nerven untersucht. Ein schöner Brauch der Inquisition wurde gleich mitübernommen: Den Beweis haben nicht die Inquisitionen zu führen, sondern der Geführte. Ihm soll grosszügigerweise Gelegenheit zum Entlastungsbeweis geboten werden.

Dank Gilgens «Grundsätzen» - er spricht beziehungsweise nicht von einer Veranordnung oder einem Reglement - haben die Berufsverbote eine neue Qualität, ein anderes Niveau erreicht. Berufsverbote sind nun keine politischen Entscheide mehr, sondern administrative Anshandlungen. Nicht mehr Politiker haben ihr eigenes Berufsverbot gegenzustehen. Es geht nur noch darum, ob die Beamten der Exekutive korrekt exekutieren. Ob Subventionen für eine neue Turnhalle oder Anstellung eines mutmasslichen Staatsfeindes ein pflichtbewusster Beamter wird die Sache ordnungsgemäss regeln. Getreu den «Grundsätzen».

Der nächste Schritt in der Verwirklichung der Berufsverbotsgerechtigkeit wird wohl die Anpassung an die deutschen Verhältnisse sein: Einführung eines differenzierten Punktsystems: Bis 49 Punkte anstellen, ab 50 Strafpunkten Staatsfeind.

Der «Tages-Anzeiger»-Kommentator sass der Gilgenschen Normalisierung der Berufsverbotspraxis voll auf: «Dass der Erziehungsrat Grundsätze für die Beschäftigung von Dienstverweigerern im kantonalzürcherischen Schuldiens erlassen hat, ist zu begrüssen. Damit hat er den bis jetzt eher willkürlich gefassten Entscheiden seiner Personalkommission klare Richtlinien entgegengestellt.» Es gibt halt nicht nur Fachidioten, es gibt auch Staatsautoritätsidioten. Der «Tages-Anzeiger»-Kommentator gehört zur zweiten Sorte. Was die Grundsätze beinhalten, interessiert ihn schon gar nicht mehr. Hauptsache, an die Stelle der bisherigen Willkür sind klare Richtlinien getreten. Um es mit einem drastischen Vergleich zu sagen: Die Nazis hatten herrlich klare Grundsätze. Volljungen, Halbjungen, Vierteljungen. Keine Willkür, alles schön geregelt. Klare Grundsätze.

Viel leicht erscheint dereinst einmal der Quellenband «Wie die schweizerische Demokratie im Namen der Demokratie abgeschafft wurde». Untertitel: «Eine Demokratie, die zu Tode geschützt wurde». Motto: «Faschismus bedeutet nicht mehr die Einnahme des Staates durch eine rechtsextreme Partei, sondern die Einnahme des Landes durch den Staat.» Gilgens Grundsätze werden im ersten, vielleicht im zweiten Kapitel stehen. Jürg Frischknecht

Unser Briefkasten für Ahnungslose



Herr S. G. in B., Ihre Kritik am Vorgehen zahlreicher Arbeitgeber, angesichts der «entspannten» Lage auf dem Arbeitsmarkt ihre bisherigen Angestellten nur noch mit Lohnkürzungen von 30 und mehr Prozent weiterzubezahlen, ist völlig einseitig. Sie übersehen dabei schlichtweg, dass die betroffenen Arbeitnehmer zumeist nun auch mehr Arbeit leisten müssen, zuweilen bis zu 50 Prozent. Es handelt sich somit nicht um eine «übliche Praktik», wie Sie schreiben, sondern um einen fairen sozialpartnerschaftlichen Ausgleich. Und im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass in der freien Schweiz immer noch jedermann frei ist, zu dem ihm angebotenen Bedingungen zu arbeiten oder nicht.

Sie sind besorgt, Frau F. B. in B., dass in der Schweiz eine ähnliche Regelung zur Bekämpfung des Bevölkerungsschwunds getroffen werden könnte wie in Frankreich. Dort ist es jetzt ja so, dass Männer unter 22 Jahren, die bereits Vater geworden sind, vom Militärdienst befreit werden. Da in der Schweiz

die Verhältnisse ganz anders liegen (zu knappe Mannbestände in der Armee), muss nach einer spezifisch schweizerischen Lösung gesucht werden. Die Bundesräte Furgler und Gnägi haben bereits gemeinsam einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der die allgemeine Zeugnispflicht vorsieht. Danach werden Schweizer Bürger, die bis zum 30. Altersjahr kein Kind gezeugt haben, zu einem Nachzeugungskurs in eines der eidgenössischen Zeugungshäuser aufgeboten. Wer diesem Aufgebote keine Folge leistet, wird als Zeugnungsverweigerer vor Militärgericht gestellt. Mit diesem Verfahren gelingt es gleichzeitig, die Arbeitsplätze unserer Militärämter zu sichern, die durch die bevorstehende Einführung des Zivildienstes ernstlich gefährdet sind.

Es stimmt nicht, Frau P. O. in CH., dass ich mich im Dezember gegen die 40-Stunden-Woche ausgesprochen habe. Das war die Meinung von Herrn S. G. in B., nicht die meine. Nachdem jetzt erwiesen ist, dass viele Arbeiter und Angestellte sogar in 35 Stunden mehr leisten können als vorher in 44, wenn sie nur richtig müssen und durch die Angst um den Arbeitsplatz besser motiviert sind, habe ich rein nichts gegen Arbeitszeit- und Lohnkürzungen.

Lieber Herr C. N. in G., Ihre Frage, warum es 1976 keinen 13. Monat mehr gibt, ist sehr einfach zu beantworten. Schauen Sie einmal im Kalender nach. Zudem müssen Sie sich damit vertraut machen, dass 1976 eben ein Umschaltjahr ist. Freudlichst Ihr Onkel Adolar

SSS studenten-schreib-service
Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten
- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopfschreibern mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck (4 Tage Wartezeit)
Preisliste anfordern!
Die Erfahrung zeigt, dass eine sorgfältig und fachmännisch ausgeführte Reinschrift den Gesamteindruck entscheidend verbessert.
Rufen sie einfach an oder kommen vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).
TEL. (01) 32 06 76
Universitätstr. 33, 8006 Zürich

1976 nach den USA
im Sommer als Camp Counselor; als Teilnehmer an einer Hospitality Tour.
Auskünfte durch:
International Summer Camp
Postfach 406, 5401 Baden
Tel. (056) 22 32 60
Zählen Sie sich lieber zu schweigenden Mehrheit! zu einer engagierten Minderheit?
Weiterlesen auf Seite 7

Alle Affen...

Fortsetzung von Seite 3

men, seine Bedürfnisse besser kennenlernen. Sie erfahren im unmittelbaren Kontakt, wie ihr Werk von den Angesprochenen aufgenommen wird, was es ihnen sagt. Sie sind nicht mehr auf diffuse Rückmeldungen angewiesen wie: «Seit fünf Wochen ausverkauft!» oder «Wegen anhaltenden Erfolgs prolongiert». «Spontaner Applaus nach der Vorstellung» usw.

Die Anonymität der kommerziellen Kino-«Öffentlichkeit» wird damit aufgehoben. Auch von den Zuschauern her werden Barrieren abgebaut: Zum einen sehen sie die Leute, die den Film machen, leibhaftig vor sich, können mit ihnen sprechen und diskutieren, sie zur Rechenschaft ziehen, ihnen Anregungen geben. Die Filmcooperative versucht auch, Kenntnis über die Technik und die Möglichkeit der Filmvorführung zu verbreiten, um die Distanz abzubauen, die durch die technische Apparatur zwischen Spezialisten und Laien geschaffen wird.

Die Zielsetzungen der Filmcooperative nahestehenden Filmern und Filmtechniker haben sich im Sommer 1975 im Filmkollektiv Zürich AG zusammengeschlossen. Durch den gemeinsamen Besitz der technischen und finanziellen Mittel zur Filmproduktion will das Kollektiv seine Arbeitsmöglichkeiten verbessern, um gesellschaftlich nützliche und notwendige Filme zu machen, die für die umfassende politische Filmarbeit geeignet sind. Eine Finanzquelle eröffnet sich dem Kollektiv durch die Vermietung der technischen Materials und der Einrichtungen.

Silvia Brüderli

Nr. 1 in der Reihe der anregenden konzept-Gesellschaftsspiele!

# Das Arbeits-Los-Spiel

für 2-8 Personen

Von Paul Romann und Beat Schweingruber

(Spielregeln auf der linken Seite)

**REZESSION (R)**

**Freitag, der 13.**

Du hast gewürfelt und folgende Punktzahl erhalten:

- 12 Den Industriationen ist es gelungen, durch geheime Abkommen die Weltmarktpreise für Rohstoffe aus Entwicklungsländern auf 1/3 sinken zu lassen:  
Es tritt wieder eine allgemeine Konjunktur ein (Geldstück wechseln).
- 11, 10 Aufschwung in deiner Branche:  
Du wechselst in den Konjunkturkreislauf hinüber.
- 9 Du hast mit ein paar Kollegen eine Betriebsgruppe gegründet:  
3 Wochen vorwärts.
- 8 Du trittst in deine Gewerkschaft ein:  
Die nächste Entlassung wird rückgängig gemacht.
- 7 Lohnkürzung:  
Zwei Wochen zurück. (Jetzt kein Dienstjahr gutschreiben!)
- 6 Deine Gewerkschaft führt einen Warnstreik durch:  
2x aussetzen.
- 5 Kurzarbeit in allen konjunkturschwachen Branchen:  
Alle Spieler im Rezessionskreislauf nur noch mit 1 Würfel, bis wieder jemand auf Freitag, den 13. trifft.
- 4 Das Parlament lehnt auf Druck der Arbeitgeberverbände einen Verfassungsklausel für das «Recht auf Arbeit» ab; daraufhin rufen die Gewerkschaften den Generalstreik aus:  
Siehe «Generalstreik» in den Spielregeln.
- 3 Betriebschliessung:  
Du und alle Mitspieler auf einem Rezessionsfreitag werden entlassen. Spieler mit 4-8 Dienstjahren (total) kommen auf die Stellenvermittlung, solche mit mehr als 8 oder weniger als 4 werden nicht vermittelt und kommen ins Stempelokal.
- 2 Du bist einer der zigtausend Fremdarbeiter, die in der Schweiz arbeitslos werden und in die Heimat geschickt werden:  
Auf Sizilien. Wenn wieder einmal eine allgemeine Konjunktur eintritt, kannst du wieder auf Stellenvermittlung anfangen, ebenfalls mit einer Doppel-Sechs.

**KONJUNKTUR (K)**

**Freitag, der 13.**

Du hast gewürfelt und folgende Punktzahl erhalten:

- 12 Du hast zur vollen Zufriedenheit des Patrons gearbeitet und wirst befördert:  
Ein zusätzliches Dienstjahr gutschreiben. Deine Mitspieler je eine Woche zurück.
- 11 Du wirst Staatsangestellter:  
Deine Stelle ist un kündbar, solange du nicht selbst den Arbeitgeber wechselst.
- 10 Du machst doppelt bezahlte Überstunden:  
Die nächsten drei Runden zweimal würfeln.
- 9 Gratifikation infolge guten Geschäftsganges:  
Pro Dienstjahr in der gegenwärtigen Firma eine Woche vorrücken.
- 8 Du bist Fremdarbeiter und willst dich einbürgern:  
2x aussetzen.
- 7 Du wechselst die Stelle:  
Auf Stellenantritt.
- 6 Absatzschwierigkeiten in deiner Branche:  
Falls sich schon ein Spieler im Rezessionskreislauf befindet, fährst du auch dort weiter. Sonst 3x nur mit 1 Würfel.
- 5-3 In deiner Branche findet ein Konjunkturreinbruch statt:  
Du wechselst in den Rezessionskreislauf hinüber.
- 2 Börsenkrach in New York. Zusammen mit der herrschenden Überproduktion wird die Wirtschaftslage kritisch:  
Es tritt eine allgemeine Rezession ein (Geldstück wechseln).

**Other Text on Board:**

- Das Parlament beschliesst eine Konjunkturspritze von 1 Mrd. Fr.: Sämtliche hängigen Kündigungen werden rückgängig gemacht! Stellenlosse auf Stellenantritt!
- Du erhältst die Kündigung: In der nächsten Spielrunde noch einmal würfeln, anschliessend ins Stempelokal!
- Dank kämpferischem Engagement von dir und deinen Mitarbeitern ist deine Gewerkschaft aktiv und leistet gute Arbeit: Du bist vor der nächsten Entlassung geschützt.
- Neuer Auftrag für deine Firma; dein Arbeitsplatz ist eine Weile gesichert: 9 Tage vorwärts!
- Du bist Italiener. Der Chef entlässt alle Fremdarbeiter. Du kannst im nächsten Sommer schwarz weiter arbeiten: In Sizilien eine Runde aussetzen, nachher auf Stellenantritt!
- Du musst in die RS und verlierst deine Stelle: 2x aussetzen und nachher auf Stellenvermittlung!
- Du hast die Probezeit bestens bestanden: 2 Wochen vorwärts!
- Der Chef ist mit deiner Leistung nicht zufrieden: Zurück auf Stellenvermittlung!
- Deine Arbeit gefällt dir nicht mehr, und du nimmst eine andere Stelle an: Auf Stellenantritt!
- Die Stelle entspricht nicht deinen Vorstellungen: Zurück auf Stellenvermittlung!
- Du hast die Probezeit bestens bestanden: 2 Wochen vorwärts!
- Du erhältst den 13. Monatslohn: 1 Woche vorwärts!
- Der Gewerkschaftskongress spricht sich für Beibehaltung des Arbeitsfriedens aus: 2 Felder vorwärts!
- Deine Firma fusioniert mit einer andern. Dadurch wird dein Arbeitsplatz überflüssig; du wirst an eine andere Firma vermittelt: Auf Stellenantritt!
- Der Unternehmer sieht sich durch den Arbeitskräftemangel genötigt, der Forderung nach einer bescheidenen Form von Mitbestimmung zuzustimmen: Vorwärts auf Freitag, den 13.!
- Deine Gewerkschaft hat eine Woche mehr Ferien erhandelt: 1 Woche vorwärts!
- Du verschläfst die Predigt: Zurück auf den letzten Sonntag!
- Du wirst wegen deines harten Auftretens den Mitarbeitern gegenüber zum Vorgesetzten: 10 Felder vorwärts!
- Du hast den Montagskoller: 1x aussetzen!
- Du abonnierst «das konzept» und informierst dich über wirtschaftspolitische Zusammenhänge: Nochmals würfeln!
- Deine Firma führt Gewinnbeteiligung für die Mitarbeiter ein: Der nächste Wurf zählt doppelt.

**Game Components:**

- STEMPELLOKAL:** 2x1, 1x6
- STELLENVERMITTLUNG:** 1x6
- STELLENANTRITT:** 1x6
- SIZILIEN:** Illustration of a landscape.
- RUHESTAND:** Illustration of a house.
- COIN:** 5FR 1975

Nachdruck verboten. Alle Rechte bei den Autoren.



Westliche Demokratie ungenügend

Revolution für Spanien

Wie sehen die fortschrittlichen Kräfte Spaniens das Ende der Diktatur? Was soll auf dieses Regime folgen? «das Konzept» veröffentlichte im November 1975\*) einen Beitrag, welcher einen friedlichen Weg zu einem demokratischen Spanien vorschlägt. Unser neuer Beitrag untersucht und kritisiert diese Möglichkeiten einer demokratischen Öffnung Spaniens und folgert Veränderungen, die weit radikaler sind.

Am 27. 11. 75, dem Krönungstag von Juan Carlos, forderten 10 000 Demonstranten in Madrid, Barcelona und Santander die Abschaffung der Diktatur und die Amnestie für die politischen Gefangenen. Gleichfalls werden in La Coruña und Santander 34 Personen verhaftet, weil sie Flugblätter verteilt hatten. Weitere 24 Personen führte die Polizei aus der Universität Zaragoza ab.

Seit dem Amtsantritt von Juan Carlos werden aber die Maschinenpistolen, die die Polizei mitführt, nicht mehr unmittelbar zur Auflösung von Demonstrationen eingesetzt. Im Zeichen einer demokratischen Öffnung verwendet man Wasser und Tränengas. Was jedoch passiert, wenn 100 000 Personen demonstrieren werden, ist nicht klar.

Wo die Polizei weniger brutal auftritt, übernehmen rechtsextreme Gruppen wie das G45 (autonome gewerkschaftliche Aktion) die Verantwortung für Ruhe und Ordnung, indem sie Büchlein sprengen oder das Feuer auf Demonstrationen eröffnen (im vergangenen Dezember wurden dabei ein Professor und ein Student verletzt). Den 2000 politischen Gefangenen drohen sich mit Ermordung.

Die Tendenzen der Polizei, welche mit den Rechtsextremen sympathisieren

Seit den Ereignissen in Portugal ist das Grossbürgertum mit Demokratieplänen vorsichtiger geworden. Die Initiative der EG, Spanien so bald wie möglich zu integrieren, hat die Absicht, den Übergang zur Demokratie ohne «Experimente» zu garantieren. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing, selbst ein Kind des Grossbürgertums, soll täglich mit König Juan Carlos telefonieren. Da Giscard selbst mit einer kämpferischen Arbeiterschaft konfrontiert ist, sind seine Erfahrungen sicher wertvoll.

Formale oder sozialistische Demokratie?

Die beiden Oppositionsbewegungen, angeführt von KPE (Kommunistische Partei) und PSOE (Sozialistische Partei) (siehe Kasten), streben eine Demokratie nach europäischem Muster an.

So sieht das Programm der Junta Democrática vor.

1. ... den Männern und Frauen dieses Landes über 18 Jahren die volle und ganze Staatsbürgerschaft zu geben ...

3. die Legalisierung aller politischen Parteien ohne Ausnahme.

4. die gewerkschaftliche Freiheit ...

5. Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht.

6. Pressefreiheit.

usw. (vgl. auch den Artikel in Nr. 11/75).

Diesen beiden Oppositionsbewegungen wird in der internationalen Presse breiter Raum gewährt, da es für das spanische Grossbürgertum nicht unwesentlich ist zu erfahren, dass Junta und Convergencia Zusammenarbeit aller Gruppierungen vorschlagen. Alle Oppositionsorganisationen lehnen aber die Regie-

rung von König Juan Carlos ab. Während noch keine Anzeichen vorhanden sind, welche die bürgerliche Demokratie als reale Perspektive erscheinen lassen, hat die revolutionäre Strategie für ein sozialistisches Spanien der LCR-ETA VI im Baskenland erste praktische Resultate gezeigt.

So hat es seit Dezember 1974 im Baskenland 5 Generalstreiks gegeben, an denen jedes Mal 100 000-200 000 Arbeiter beteiligt waren. Jedemal waren mit wirtschaftlichen Forderungen (z. B. 40-Stunden-Woche) auch politische Forderungen wie Versammlungsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäusserung verbunden. Der Generalstreik vom 27./28. August 1975 und vom 11./12. September richtete sich gegen Prozess, Verhaftung von Garmendia und Otegui, beides baskische Freiheitskämpfer. Nach dem Mord an 5 politischen Aktivisten Ende September traten die Basken erneut in einen allgemeinen Ausstand. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Studenten, Kleinhändler und Quartierbewohner unterstützen diese Aktionen.

Organisiert wurden diese Bewegungen von lokalen und zentralen Streikkomitees. Alle Generalstreikaktionen dauerten allerdings kaum mehr als 48 Stunden. Obwohl auch in anderen Provinzen die Streikbewegung wächst - Anfang Juni 1975 strikten 100 000 Bauarbeiter in Barcelona, im Januar 1976 die Madrider Angestellten der Metro -, fehlt bisher die Solidarisierung in ganz Spanien.

Um den Sturz der franquistischen Diktatur ohne Franco zu ermöglichen, müssen schwierige Probleme gelöst werden: den Generalstreik längere Zeit durchhalten, die Selbstverteidigung gegen die Repression garantieren, Ausdehnung auf ganz Spanien, in eine Konfrontation des gesamten Volkes mit der franquistischen Diktatur auszumünden. Der Generalstreik soll die Diktatur lähmen und gleichzeitig ermöglichen, die Elemente einer proletarischen Demokratie entstehen zu lassen. A. Streit

1) Wird vor allem durch folgende Banken repräsentiert, welche Finanzgeschichte monopolisieren und weite Teile der spanischen Inflation beherrschen: Banco Español de Crédito, Banco Hispano Americano, Banco Urquijo, Banco Central, Banco de Vizcaya, Banco de Bilbao, Banco de Santander, Banco de Almería, Banco Atlántico

2) Le Monde vom 21./22. 12. 75

Studenten in der AIESEC

Manager der Völkerverständigung?

Sie verkehren mit Managern und Personalchefs kleinerer und grosser Unternehmen. Ihre Sprache ist auch die des modernen Managements: kurz und häufig Englisch. Sie flüchten an Kongresse, bisweilen nach Übersee. Wer? - Die Studenten von der AIESEC (Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales). Ist die AIESEC tatsächlich links, oder der verlängerte Arm des Unternehmertums oder gar ein Übungsfeld fürs Mächtige-Gern-Jet-Set, wie ihr nachgesagt wird? Wir haben das Zürcher Lokalkomitee gebeten, die Organisation und deren Aktivitäten unseren Lesern kurz vorzustellen.

Jährlich reisen rund 150 Ökonometriestudentinnen und -studenten aus der Schweiz mit AIESEC ins Ausland, ebenso viele kommen aus aller Welt in die Schweiz, um ein Praktikum zu absolvieren. Den einen hat bloss das Fernweh gepackt, ein anderer versucht seine trockene Managementausbildung an einer praktischen Arbeit anzuwenden, einige wollen internationale Kontakte anknüpfen oder Land und Leute kennenlernen. Alle diese Möglichkeiten bietet die AIESEC. Und doch hat sie bei manchen Studenten einen schlechten Ruf. Vielleicht, weil es bei AIESEC auch Leute gibt, die bloss lernen wollen, eine Sache zu managen, zu verkaufen, wie sie dies später mit Caramels, Maschinen oder Käse tun werden. Aber AIESEC will nicht nur eine ganz bestimmte Zielgruppe ansprechen, sondern das ganze politische Spektrum.

AIESEC wurde aus der Nie-wieder-Krieg-Idee heraus geboren und ist dem Gedanken der Internationalität und der Völkerverständigung noch heute verpflichtet. Dieser Grundsatz setzt auch immer eine gewisse Toleranz voraus. Auf internationaler Ebene wäre es undenkbar, ohne gutfunktionierende Organisation, gerade in Zeiten der Krise und verschärfter Ausländerbestimmungen, interessante Praktikumsstellen zu erhalten und damit der Leitidee von AIESEC zu dienen.

AIESEC versteht sich nicht als politische Organisation. Dennoch befinden sich unter den rund 60 ehrenamtlichen Mitarbeitern der AIESEC Schweiz Leute mit den verschiedensten politischen Ansichten. Jeder davon hat sich aus den vielfältigen Zielen von AIESEC seine eigenen herausgehoben und in dem Vordergrund für alle abzurufen wollen die internationalen und lokalen Kontakte von grösster Wichtigkeit sein:

die internationalen deshalb, weil sie neue Impulse geben und die Möglichkeiten bieten, die Probleme anderer Völker und Staaten insbesondere auch für «dritte Welt» zu verstehen, die lokalen Kontakte, weil sie die Möglichkeiten geben, sich aus der Masse der Ökonometriestudenten einige gute Freunde zu schaffen.

AIESEC ist ein Phänomen, indem es gelungen ist, eine Organisationsform zu finden, die mit freiwilligen Helfern, welche meist nur rund ein bis zwei Jahre dabei sind, die täglichen, oftmals bürokratischen Aufgaben des Austausches beinahe professionell zu erfüllen, ohne dabei die übergeordneten Zielsetzungen zu vergessen. Gerade deshalb aber sind diese Ziele auch nicht starr und festgelegt. Dies hat die in den letzten zwei Jahren in der AIESEC Schweiz geführte, intensive Zielsetzungsdiskussion gezeigt. Dabei ist es klar, dass in einer Organisation, in der ein so breites Spektrum von Leuten aktiv am Zielfindungsprozess beteiligt ist, mitunter heftige Auseinandersetzungen stattfinden. Noch immer aber ist es AIESEC gelungen, daraus positive Aspekte herauszulösen und zu realisieren.

AIESEC besitzt in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich Lokalkomitees. In all diesen Büros ist sicher jemand, der gerne weiter Auskunft über AIESEC, über Praktika oder eine aktive Mitarbeit in einem Lokalkomitee gibt.

AIESEC-Team

«das Konzept» - ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

Zu einer brisanten Studie um das Berufsbild des Wirtschaftswissenschaftlers

Das böse Erwachen

Wohl jeder Student, der nicht dank einem wohlhabenden Vater oder Onkel im Rücken in der Lage ist, seine berufliche Zukunft abzuschern, geht während seiner Ausbildung Illusionen bezüglich seiner späteren Tätigkeit - sofern er sich darüber überhaupt Gedanken macht; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler scheinen daran besonders zu krankeln. Die berufliche Realität bietet nur in den seltensten Fällen die suggerierten Entscheidungsspielräume, das Akademierprestige, die rasante Karriere oder gar die neuerdings geforderte «Selbstverwirklichung» im Beruf (was immer das heissen mag). Der Zusammenhang mit bildungspolitischen Zuständen und Vorgängen lässt sich so umreissen: Wo

Dozenten Macht verkörpern, wird der Student vermuten, auch ihm werde später solche Macht zuteil - wo Wissen (und zwar grösstenteils überholtes Wissen) in didaktischen Aufmachungen wie etwa Unternehmensspielen oder Case-Studies vermittelt wird, liegt nichts näher als die Annahme, auch später würden vergleichbare Freiräume zur Verfügung stehen. Der Graben, der zwischen Berufserwartung und Berufsrealität klapft, ist auch ein Spiegel bildungspolitischen Ungenügens. Dies ist für den VSS der zentrale Anlass, sich mit dieser Publikation\* zu befassen. Für die hier abgedruckte Zusammenfassung seiner wichtigsten Ergebnisse sind wir dem Autor zu Dank verpflichtet. VSS-Vorstand

nach diversen Merkmalen: So befinden sich die Frauen auch hier bereits zu Beginn ihrer praktischen Tätigkeit in einer bedeutend ungünstigeren Ausgangsposition. Auch das Alter spielt eine Rolle: Junge Absolventen beginnen weiter unten als die zumeist mit praktischer Erfahrung ausgewiesenen älteren Kollegen.

Von bestimmten Universitätsangehörigen bezugte Fachbereiche (z. B. Basel: Chemie) und Abschlussalter sind dafür verantwortlich, dass auch hochschulmässige Unterschiede bestehen. Ein Praktikum wird hingegen erwartet, wenn es mehr als zwei Jahre gedauert hat. Eher widerwillig werden Hochschulabsolventen von der Praxis höher eingestuft - das gleiche gilt für die Post-Graduate-Absolventen. Sie müssen überbezahlt werden, bringen aber keine praktische Erfahrung mit. Grosse kategorien- und branchenmässige Unterschiede bestehen jedoch bezüglich der Stufe des Einstiegs: Bei den Versicherungen und den Banken muss zuerst eine zwei bis drei Jahre dauernde Ausbildungszeit durchlaufen werden. Mehr Wert besitzt das Abschlussexamen in der Industrie und in der öffentlichen Verwaltung, besonders aber in der Sparte Unternehmensberatung und Treuhänder, hier aber erkauft durch schlechtere Bezahlung und sehr hohe Anforderungen. In kleinen Unternehmen hat man von allem Anfang an mehr zu sagen; die Inhaber eines Doktorats sind wegen der Abfassung der Dissertation häufig in der ersten Anstellung nach dem Lizentiatabschluss benachteiligt. Keine Unterschiede ergeben sich bezüglich der sozialen Herkunft; die Mobilitätsprobleme beziehen sich offensichtlich auf die Studiumsergreifung.

gleich mit einer wichtigen Bewährungsprobe.

Die Prüfverfahren, denen ein Stellenkandidat unterzogen wird, sind weniger oberflächlich als das nur wenige und für die praktische Tätigkeit relativ unwichtige Fähigkeitsverfahren in der Lizenzrichtung (ca. 64% der Volkswirtschaftler müssen dann rechnen, dass sie betriebswirtschaftliche Aufgaben übernehmen müssen), die Lizentiatnote, die Hochschule, der Titel, ein Post-Graduate-Studium, ja ein Hochschulstudium überhaupt treten neben diesen Evaluationsverfahren in den Hintergrund. Nicht zuletzt dienen sie auch dazu, «Radikale» von vornherein auszuschneiden.

Vom Freiraum zum Terminkalender

Das Schwergewicht der Schwierigkeiten beim Übergang in die praktische Tätigkeit liegt weniger in Problemen in-

tellectueller Art. Die grossen Klippen bestehen im «moralischen Bereich» und in der Anwendung des Gelernten auf praktische Probleme. Es gehören dazu vor allem:

- Die Umstellung der Denk- und Sprechweise (Problemlösung, nicht analoge, mikroökonomisches Denken, Unternehmerrational usw.).
- Verlust der Freiheit und physischer und psychischer Stress (Leistungsriorität, Termindruck, Klima usw.).
- Integrationsdruck, Zwang zur Weiterbildung usw.
- Kooperationschwierigkeiten mit den Alteingesessenen.

- Das Umsetzen der Theorie in die Praxis (Transferprobleme).

- Der Ständedünkel des Akademikers (zu hohe Erwartungen, «Lehrlingsarbeit»), minderwertige Arbeit, Selbstüberschätzung, Grössenwahn usw.)

Die Probleme dürften sich mit der allgemeinen Rezessionslage eher noch verschärfert haben, mangelt es doch heute vor allem an «guten» Stellen in der Praxis. Die vorliegende Studie soll ein Beitrag sein zur Milderung des Informationsnotstandes unter den Studenten.

Thomas Koch, Delegierter des VSS in der Schweizerischen Hochschulkonferenz

\* Thomas Koch: Berufserwartungen und Berufsrealität, eine Studie um das Berufsbild des Wirtschaftswissenschaftlers in der deutschen Schweiz, 1. Teil: Der Übertritt von der Hochschule in die Praxis. Subjektive und objektive Situationsbedingungen. 251 Seiten, 39 Tabellen und Figuren. Verlag: Betriebswirtschaftliches Institut der Universität Bern, Länggassstrasse 27, 3012 Bern, 23.50 Fr.; für Studenten 14 Fr. (ausschliesslich bei den stud. Vertriebsorganisationen). Verkauf: Läden der Studentenschaften oder direkt beim Verlag.

und in ihrem eigenen Überlebensinteresse Selbstjustiz gegen Oppositionelle ausüben, hat Regierungsminister Fraga Iribarne am 20. Dezember kritisiert und verurteilt, ohne allerdings diese Leute an ihrem Tun hindern zu können.

Weihnachten ist vorüber, ohne dass die von vielen erhoffte Amnestie für politische Gefangene erfolgt wäre. Kurz, von demokratischer Öffnung ist nichts wahrzunehmen. Wie hatte Franco doch gesagt: «Wenn ich einmal nicht mehr da bin, ist alles gut angebunden.»

Ein neues Portugal?

Die reformwilligste Fraktion des Bürgertums, das Finanz- und Industriebürgertum (1), strebt eine Integration in die Europäische Gemeinschaft (EG) an. Diesem Projekt widersetzen sich die Grossgrundbesitzer, da sie von der EG nichts erwarten können. Die Rechtsextremisten um Blas Pinar und José Antonio Giron, die die Ermordung der fünf politischen Aktivisten Ende September durchsetzten, engen den Spielraum von Regierungsminister Soares entscheidend ein. Und als Aussenminister Aveira anlässlich der Nord-Süd-Konferenz in Paris erklärte, der Chef der Kommunistischen Partei (KPE), Carillo, sei ein gewöhnlicher Bürger, der seiner politischen Überzeugung wegen nicht diskriminiert werden sollte, entfachte sich ein riesiges Kesselreiben in den Cortes (span. Ständerparlament) und in der Presse gegen Aveira. Die rechtsextreme Zeitung «El Alcazar» verglich Carillo und Aveira und hielt fest: «Der eine wie der andere helfen den internationalen Kräften. Die kapitalistische und die kommunistische Welt geben sich die Hand» (2).

\*) Diese Nummer 11/75 kann gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion, Rämistr. 66, 8001 Zürich, bezogen werden.

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

ten verbunden. Das bestätigen wiederum 600 ehemalige Basler, Berner, St. Galler und Zürcher Studenten der Abschlussjahrgänge 1947-1970. Diese geben, zusammen mit diversen Praktikern als Interviewpartner und 19 der grössten

Sprengstoff aus Berufserwartungen - Berufsrealität

Erachten Sie die Hochschulausbildung als genügendere Vorbereitung auf die Aufgaben, die Sie in Ihrer jetzigen Tätigkeit erfüllen müssen?

Ja	181	33,6%
Bedingt	280	52,0%
Nein	74	13,7%
keine Antwort	4	0,7%
Total	539	100,0%

schweizerischen Arbeitgeber verschiedener Branchen. Auskunft über die berufliche Welt, in die der wirtschaftswissenschaftliche Absolvent nach seinem Studium einzutreten hat. Anhand von gleichzeitig erfassten Persönlichkeitsmerkmalen konnten zudem individuelle Daten, die den Anstellungsentscheid des Personalchefs beeinflussen, eruiert werden.

Der Einstieg: nicht für alle gleich!

Es zeigen sich bereits bei der Stufe des Einstiegs erhebliche Unterschiede

Wenn nein: Sie sind der typische «konzept»-Leser. Sie sind nur noch nicht Abonnent, weil Sie bisher zu faul waren, den Abonnententalon auszufüllen. Nachholen!

Wenn ja: Sie hätten ein wenig mehr «konzept»-Lektüre bitter nötig. Abonnieren Sie «das Konzept», auch für Sie ist es nie zu spät. ...

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr., Für Schüler und Lehrende unter 30% Rabatt (Ausweiskopie belegen).

□ Febr. bis Dec. 76 für 15 Fr. □ Zum Schülerpreis von 10 Fr. (Ausweiskopie belegen!) □ zusammen mit dem «zürcher studenten» (Februar 76 bis Februar 77 für 24 Fr.) □ und unterstützen es gleich noch und zahlen den doppelten Betrag (zutreffende Felder ankreuzen)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_
Adresse mit PLZ: \_\_\_\_\_
Beruf: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_
Talon einlösen an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich
Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten\*/durch Zusendung\*/als Probennummer\*/am Kiosk\*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort\*:
Schicken Sie bitte eine Gratisprobennummer an folgende(n) Bekannte(n):
(\*) Zutreffendes unterstreichen



# Tages-Anzeiger



Wir haben vieles zu sagen.

Geschäftssitz: Zürich 4, Werdstrasse 21  
Briefe: Postfach 8021 Zürich  
Verlag Abonnements, Inserate 01/39 30 30, Telex 56 188  
Ausgabe von Kleininseraten 01/39 40 40, Telex 56 188  
Redaktion 01/39 50 50, Telex 54 163

Auslandpreise: Lit. 200, DM - 80, Pts 30  
Abonnementspreise auf Seite 18  
Grundpreis für Inserate: Der 15p. mm (27) Fr. 1.23  
Stellen (36) Fr. 2.01, Reklamen (57) Fr. 5.13  
(Ausland 1.71/2.75/7.44) Rabatte gemäss Tarif

## Max Frisch liest den Tages-Anzeiger. Sucht er einen Gebrauchtwagen?

In einem Brief, den Max Frisch uns geschrieben hat, fand er lobende Worte für das Magazin, das jeden Samstag dem Tages-Anzeiger beiliegt. Es erfüllt sowohl in der Wahl der Themen wie in der Schreibweise die zentrale Aufgabe einer Zeitung, nämlich kritische Aufklärung. Das hört man gern. Aber weil das Magazin eine Beilage des Tages-Anzeigers

ist, nehmen wir an, dass Max Frisch manchmal auch einen Blick aufs Weltgeschehen werfen will oder auf die Ereignisse in der Schweiz und in Zürich. Oder dass er wissen will, um wieviel Uhr der neue Fellini beginnt und wann der neue Dürrenmatt gespielt wird. Kein Mensch lebt nur zwischen zwei Buchdeckeln. Kurz, wir meinen, der Tages-Anzeiger sei eine Zeitung, die einem Intellektuellen gute Dien-

ste leistet. Vor allem auch, weil sie nur dort intellektuell ist, wo es am Platz ist, und nicht dort, wo es einen Tatbestand unnötig kompliziert. Und weil sie kein Parteiblatt ist, sondern auch gegensätzliche Meinungen zum Wort kommen lässt. Zum Zeichen dafür, dass uns an Studenten, die den Tages-Anzeiger lesen, viel liegt, bekommen Sie ihn 30% billiger. Mit dem gesparten Geld kaufen Sie sich vielleicht ein Buch von Frisch, der so nett war, uns das Briefzitat zu erlauben.

### Coupon

Ich möchte es Max Frisch gleichzutun und den Tages-Anzeiger lesen.

- Vorerst 2 Wochen gratis zur Probe.
- 2 Wochen gratis und nachher im Abonnement mit 30% Rabatt.

Ich wähle folgende Zahlungsart (die 30% Studentenrabatt sind bereits abgezogen):

- Fr. 5.85 für 1 Monat
- Fr. 33.40 für 6 Monate
- Fr. 16.85 für 3 Monate
- Fr. 66.05 für 1 Jahr

Name: \_\_\_\_\_

Fakultät: \_\_\_\_\_ Semester: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Plz., Ort: \_\_\_\_\_

Bitte ausschneiden und senden an:  
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung

